



Parlamentssitzung 10. November 2008

Protokoll

Aula Schule Hessgut (Liebefeld)
19.00 – 22.55 Uhr

Vorsitz Martin Graber (SP), Parlamentspräsident

Anwesend

Peter Antenen (FDP)	Stefan Lehmann (SVP)
Alfred Arm (SP)	Anna Mäder (SP)
Christian Balz (FDP)	Urs Maibach (Grüne)
Annemarie Berlinger-Staub (SP)	Brigitta Matter (SD)
Bernhard Bichsel (jfk)	Hans Moser (SVP)
Markus Bont (EVP)	Daniel Oester (jfk)
Evelyn Bühler (FDP)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Christian Burren (parteilos)	Jan Remund (Grüne)
Ignaz Caminada (CVP)	Christian Roth (SP)
Claudia Egli-Steiner (SP)	Elisabeth Rügsegger (SVP)
Heinz Engi (FDP)	Christoph Salzmann (SP)
Liz Fischli (Grüne)	Rita Sidler Omoregbee (SP)
Hermann Gysel (EVP)	Ueli Salvisberg (parteilos)
Harald Henggi (FDP)	Markus Stähli (FDP)
Thomas Herren (FDP)	Hugo Staub (SP)
Niklaus Hofer (SVP)	Stephie Staub-Muheim (SP)
Andreas Jungo (SP)	Mark Stucki (FDP)
Hanspeter Kohler (FDP)	Ursula Wyss (Grüne)
Daniel Krebs (SVP)	Rolf Zwahlen (EVP)
Valentin Lagger (CVP)	

Entschuldigt

Gemeinderat

Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident	Katrin Sedlmayer (SP)
Urs Wilk (FDP), Vizepräsident	Marianne Streiff (EVP)
Judith Ackermann (FDP)	Ueli Studer (SVP)
Rita Haudenschild (Grüne)	

Sekretär: Markus Heinzer

Protokoll: Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 20. Oktober 2008	227
2. Kommissionsersatzwahlen.....	227
3. IAFP 2009.....	227
4. Voranschlag 2009	234
5. 0818 Planungsbeschluss (SP) "Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung – endlich Wartelisten deutlich abbauen!"	251
6. Verschiedenes.....	254

Begrüssung

Parlamentspräsident Martin Graber: Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung. Uns liegt eine rekordverdächtig kurze Traktandenliste vor. Ich denke, dass sich der Spruch "In der Kürze liegt die Würze" für die heutige Sitzung bewahrheiten wird.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 40 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit vollständig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Martin Graber: Am 31. Oktober 2008 hat im neu eröffneten Restaurant "zum Schloss" eine Tagung der Agglomerationskommission des Stadtrats von Bern stattgefunden. Sechs Mitglieder des Könizer Parlaments haben teilgenommen. Nähere Angaben über die Regionalkonferenz, die – unter dem Vorbehalt der Annahme durch die Stimmbevölkerung – voraussichtlich am 1. Januar 2010 starten wird, sind unter www.bernplus.ch zu finden.

Neu wird jeweils das Parlamentsprotokoll zusammen mit den anderen Sitzungsakten als PDF ins Netz gestellt, d. h. nicht wie bis anhin erst nach der Genehmigung. Ebenfalls neu wird die Traktandenliste direkt nach der Genehmigung durch den Parlamentspräsidenten ins Netz gestellt.

Ich gehe davon aus, dass Sie alle Akten inklusive Nachversand vom 28. Oktober 2008 erhalten haben.

Traktandenliste

Das Traktandum 1 "Protokoll der Parlamentssitzung vom 20. Oktober 2008" entfällt, da das Protokoll noch nicht vorliegt. Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt Traktandum 2 "Kommissionsersatzwahlen" ebenfalls.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 20. Oktober 2008

Die Genehmigung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

2. Kommissionsersatzwahlen

Das Traktandum entfällt.

3. IAFP 2009

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Martin Graber: Das Kürzel IAFP ist nicht allen ein Begriff. Ich habe im Internet gesucht und Interessantes gefunden: z. B. "IAFP, International Association for Food Protection" oder "International Association for Forensic Psychotherapy".

Wir gehen wie folgt vor: Zuerst werden allgemeine Voten zum IAFP gehalten, danach können in der Detailberatung konkrete Fragen gestellt werden und zum Schluss erfolgt die Abstimmung (zustimmende, teilweise zustimmende oder ablehnende Kenntnisnahme).

GPK-Referent Valentin Lager (CVP): Der Voranschlag und der IAFP hängen selbstredend sehr eng zusammen. Der IAFP ist das Ergebnis eines langen Prozesses, der zum Ziel hat, Ausgaben und Erträge der Gemeinde so zu ordnen, dass eine Steuerung durch das Parlament möglich wird. Entstanden sind die Produktgruppen, die alle Produkte und Dienstleistungen der Gemeinde abbilden. Parlamentspräsident Martin Graber hat vorhin erwähnt, dass wir den IAFP

zur Kenntnis nehmen. Die verbindliche Zusammenstellung der Könizer Finanzen ist nach wie vor der Voranschlag, über den im Anschluss beraten und abgestimmt wird.

In diesem Sinn hat die Diskussion in der GPK vermischt zwischen IAFP und Budget stattgefunden. Hier werde ich vorerst jene Punkte und Voten wiedergeben, die den IAFP betreffen.

Zuerst zu den Fokus-Produktegruppen: Im diesjährigen IAFP sind in diesem Bereich noch keine Indikatoren aufgeführt. Dies deshalb, weil die Indikatoren dafür 2008 zum ersten Mal erhoben werden. Die erste Diskussion dazu kann demnach erst 2009 stattfinden. Gemeindepräsident Luc Mentha hat mich zudem informiert, dass drei Indikatoren in der Fokus-Produktegruppe Informatik – auf Seite 104 – verändert worden sind. Es handelt sich um die drei Indikatoren Leistungsfähigkeit Applikationen, Dateisystem und Drucken. Der Indikator ist jeweils um zwei bis drei Sekunden erhöht worden. In der GPK ist die Frage, ob die Steuererträge nicht zu optimistisch budgetiert worden sind, durch den Gemeindepräsidenten wie folgt beantwortet worden: Man liege mit den Annahmen am unteren Ende dessen, was der Kanton als Empfehlung vorgibt und im Mittelfeld der Annahmen von anderen vergleichbaren Gemeinden. Im Finanzplan sei kein Spielraum für eine Steuersenkung vorhanden. Auf die Frage nach dem Spielraum für eine Steuersenkung im Jahr 2010 hat der Gemeindepräsident folgende Antwort gegeben: Der Finanzplan ist nur eine Momentaufnahme. Er zeigt auf, wo die geltenden Werte den gesteckten Zielen nicht entsprechen und wo demnach Handlungsbedarf besteht. In einem Jahr wird der Finanzplan mit einer ebenfalls vorgeschlagenen Steuersenkung völlig anders aussehen. Weiter ist festgestellt worden, dass der Selbstfinanzierungsgrad mit 53 Prozent nicht berauschend ist. Dazu ist erklärt worden, dass dies an den grossen Abschreibungen in den Spezialfinanzierungen liegt. Ohne diese grossen Abschreibungen würde ein Selbstfinanzierungsgrad von rund 83 Prozent erreicht. Im Finanzplan sind ab 2011 steigende Passivzinsen ersichtlich. Die Vertreter der Gemeinde haben darauf verwiesen, dass die Investitionen steigen werden und damit möglicherweise auch die Passivzinsen. Das Ziel, den Selbstfinanzierungsgrad hoch zu halten, kann sich negativ auf die Passivzinsen auswirken. In diesem Zusammenhang ist darauf hingewiesen worden, dass der Finanzplan heute noch keine neuen Projekte und Ausgaben enthält, von welchen bereits gemeinhin die Rede war. Wie beispielsweise jährlich wiederkehrende Ausgaben – keine im Investitionsplan bereits enthaltenen Investitionen – für die neue Ballsporthalle oder das Schloss Köniz und die Tramlinien 9 und 10. Im IAFP 2009 sind keine ausserordentlichen Erträge enthalten, weil nicht bekannt ist, wann diese Erträge generiert werden. Im Investitionsplan ist gemäss Parlamentsbeschluss die Realisierung der beiden Türme in Niederwangen (Basiserschliessung Fussgängerverbindung P1) für 2009 und 2010 vorgesehen. Gemeinderätin Katrin Sedlmayer hat dazu erklärt, dass demnächst mit dem Entscheid des Bundesamtes für Verkehr (BAV) gerechnet wird. Die Sanierung der Kirchstrasse ist mit Ausnahme der dringend notwendigen Sanierung am Lehnenviadukt auf spätere Jahre – ab 2011 – verschoben worden. Im IAFP sind auf Seite 31 zwei relativ hohe Summen für "Sockelbeträge für noch nicht definierte Objekte" und "Quote für grosse Gesamtsanierungen" enthalten, die zu Fragen Anlass gegeben haben. Gemäss Gemeinderätin Judith Ackermann sind das Versuche, grosse Haufeninvestitionen zu glätten. Deshalb sind ab 2011 jährlich 4 Millionen Franken für Sanierungen vorgesehen, ohne genau zu definieren, welches Schulhaus saniert wird. Die Planung für die Sanierung des alten Schulhauses in Niederwangen ist auf guten Wegen. Hingegen ist die Planung für die Aufstockung der Modulbauten in Niederwangen aufgrund der zurzeit offensichtlich rückläufigen Schülerzahlen eingestellt worden.

Zu den Investitionen zu Lasten der Spezialfinanzierungen der Produktegruppe 10: Diese sind relativ intensiv diskutiert worden, und ich zitiere aus der Antwort des Gemeinderates: "Der IAFP-Entwurf musste vom neuen Dienstzweigeleiter und von der Direktionsvorsteherin unter grossem Zeitdruck durchgesehen werden. Für die Deponie lag nur eine Tabelle vor, in der Rekultivierung und Nachsorge vermischt waren. Es wurde eine Entflechtung in zwei Tabellen gefordert, eine Tabelle Rekultivierung und eine Tabelle Nachsorge, die dann aber nicht mehr nachkontrolliert werden konnten." Die jetzt berichtigten Tabellen sind nachgeliefert worden, wofür wir uns bedanken. Sie zeigen folgendes Bild: Die Spezialfinanzierung Abfall wird ab 2012 defizitär, womit Massnahmen spätestens im nächsten Jahr zumindest zu diskutieren sind. Die Spezialfinanzierungen KEGUL und KEGUL Nachsorge sind ausreichend dotiert. Weitere Informationen werden im nächsten IAFP folgen. Diskutiert worden ist auch die Frage, ab welcher Grössenordnung Betragsveränderungen im IAFP kommentiert werden müssen. Ich gebe ein etwas überzeichnetes Beispiel: Bei einer Steigerung von zwei auf drei Franken, was einer Steigerung um 50 Prozent entspricht, ist sicher weniger eine Erklärung gewünscht als bei einer

Steigerung von 10 Millionen auf 11 Millionen Franken, auch wenn hier die Steigerung nur 10 Prozent ausmacht.

Im Controlling der Legislaturplanung hat die GPK festgestellt, dass die Zielerreichung im Ziel Siedlungsqualität schlecht ist. Das – so ist uns erklärt worden – hängt mit mangelnden Personalressourcen in der entsprechenden Direktion zusammen. Zudem ist aufgefallen, dass das Ziel 6.1.2, Minergiestandard im privaten Bereich, gestrichen worden ist. Dies weil sich die Messung der Minergiequote als extrem aufwändig präsentiert hat.

Schliesslich noch zum Papier "Budgetvariante mit Steuersenkung". Hier wurde gefragt, was unter "ökologische Arbeiten von Schulen" zu verstehen ist. Dazu ist erklärt worden, dass anlässlich der Papiersammlungen aus Sicherheitsgründen keine Schülerinnen und Schüler auf den Kehrtrichter mehr mitfahren, was zu Mindereinnahmen bei den Papiersammlungen geführt hat. Die Schulen sind aber auf dieses Geld angewiesen. Es wurde auch gefragt, weshalb unter den beeinflussbaren Ausgaben der Posten "Tagesschulen" erscheint, die doch durch den Kanton Bern als obligatorisch erklärt worden sind. Der Gemeindepräsident hat angemerkt, dass der Gemeinderat genau diese Sparvorschläge nicht unterstützt, und weiter ist ergänzt worden, dass die Tagesschulen grundsätzlich erst ab 2010 rechtsverbindlich sind.

Die Frage der Aufholung des Teuerungsrückstandes beim Gemeindepersonal ist diskutiert worden. Die Positionen sind gleich geblieben. Die einen finden es stossend, dass ein Teuerungsrückstand aus der Mitte der Neunzigerjahre aufzuholen ist: Die anderen sind der Meinung, dass der Teuerungsrückstand in guten Zeiten aufzuholen ist.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 3 Stimmen zustimmend und mit 4 Stimmen teilweise zustimmend vom IAFP Kenntnis zu nehmen.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich habe nicht gesagt, dass die Schülerzahlen in Niederwangen rückläufig sind, sondern dass sie gleich geblieben sind

Parlamentspräsident Martin Graber hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP): Der IAFP ist ein gutes Instrument, um die Entwicklung der Gemeindefinanzen übersichtlich aufzuzeigen, und dient als Entscheidungsgrundlage für den Bedarf, für die Beschaffung oder die Verwendung von Zahlungsmitteln. Das Instrument ist in unseren Augen gut, der Inhalt befriedigt uns aber nicht und deshalb können wir vom IAFP 2009 mehrheitlich nur teilweise zustimmend Kenntnis nehmen.

Was ist der Grund dafür? In der Analyse zum Finanzplan halten der Gemeindepräsident und der Finanzverwalter Thomas Pfyf fest, dass die Fortführung der straffen Haushaltspolitik unerlässlich ist, um das Ziel einer Steuersenkung erreichen zu können. Schon sind wir beim Kernthema. Die FDP/jfk-Fraktion hat einen Finanzplan mit Steuersenkung erwartet. Stattdessen hören und lesen wir wieder, dass Prognosen schwierig sind, dass bei einer Senkung einzelne Infrastrukturprojekte gefährdet sind, dass ein hohes Risiko eingegangen wird, dass der Zeitpunkt nicht der richtige ist und eine Senkung negative Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen hat, etc. All diese Argumente sind bereits im letzten Jahr angeführt worden. Die aktuelle globale Finanzkrise kommt dem Gemeinderat gerade recht und ist ein weiteres angebliches Argument, die Steuern nicht zu senken. Blicken wir jedes Jahr angstvoll in die Zukunft, ist der Wille für eine Steuersenkung nicht vorhanden. Dagegen nützt auch das gute Planungsinstrument IAFP nichts. Im Jahr 2002 hat man der Könizer Bevölkerung versprochen, die Steuern bei einer verbesserten Finanzlage wieder auf den ursprünglichen Wert zu senken. Versprechen müssen gehalten werden. Es handelt sich ja nicht um eine Steuersenkung, sondern um eine Wiederherstellung des Steuerfusses. Im Voranschlag 2009 ist noch viel Luft vorhanden. Die Personalkosten sind auch dieses Jahr wieder ein Tabu und die Lohnsumme soll sogar erhöht werden, wie der Seite 9 des IAFP zu entnehmen ist. Einsparungen im Personalbereich sind jedoch nur eine von vielen Möglichkeiten. Aber eben, wo kein Wille ist, ist auch kein Weg. Ich übergebe dem Gemeindepräsidenten 1'000 Unterschriften der Petition "Versprechen halten, Steuern senken". Sie repräsentiert den Volkswillen, die Senkung jetzt und nicht erst im Wahljahr durchzuführen.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Die Grünen nehmen vom IAFP zustimmend Kenntnis. Er gibt eine gute Übersicht. Dahinter stecken jedoch viele Details, für welche sicher viel Arbeit aufgewendet werden musste. Er ist immer noch nicht schnell zu lesen. Zur Übersicht: Auffallend sind die grossen Änderungen gegenüber dem IAFP 2008. Das ist in unseren Augen ein Beispiel für die Unsicherheit von Prognosen. Bei den Einnahmen sehen wir zwei gegensätz-

liche Punkte. Einerseits ist der Steuerertrag trotz kommender wirtschaftlicher Abkühlung steigend prognostiziert, was einer doch eher positiven Einschätzung entspricht. Andererseits sind höhere Mehreinnahmen zu erwarten, fehlen doch neuerdings die Neubewertungen. Ganze 10 Millionen Franken sind so seit dem letzten Jahr verschwunden. In Zukunft können diese aus unserer Sicht wieder aufgenommen werden. Die Finanzkennzahlen zeigen auf, dass die Gemeinde Köniz weiterhin nicht mehr als Note 4 erhält. Besonders die Investitionen, sowohl der Selbstfinanzierungsgrad als auch der Investitionsanteil sind ungenügend. Immerhin ist ersichtlich, dass die Investitionen erhöht werden sollen, was wir als richtig betrachten. Besonders positiv sind in unseren Augen die Steigerungen im Bereich der Ausgaben für den öffentlichen Verkehr (öV). Mittelfristig sind wegen der geplanten Tramlinie nach Schliern sicher höhere Aufwendungen notwendig. Eher am oberen Limit sind aus unserer Sicht die Ausgaben für den Strassenunterhalt. Im Gebäudeunterhalt ist hingegen das Wachstum zu tief angesetzt. Bei den Produktgruppen sehen wir relativ viele stark wachsende Punkte. Wir müssen sicher ein wachsames Auge darauf haben und eine straffe Haushaltsführung ist weiterhin notwendig.

Die Fokusgruppen werden erst nächstes Jahr interessant, wenn die Kennzahlen vorhanden sind. Eine Bemerkung zum Controlling Legislaturplanung: Das Ziel 6.1.2 "Erhöhung des Minergiestandards im privaten Bereich", ist gestrichen worden. Das hätte weitaus positiver formuliert werden können. Ab dem nächsten Jahr ist der Minergiestandard im Kanton Bern praktisch Pflicht und damit kann dieses Ziel, obwohl der Gemeinderat keinen Einfluss darauf gehabt hat, als erreicht betrachtet werden.

Die Grünen nehmen zustimmend Kenntnis vom IAFP 2009.

Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP): Mit dem IAFP 2009 darf das Parlament zum zweiten Mal den Budgetprozess mit dem neuen Instrument durchführen. Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den vorgelegten Investitions- und Finanzplan. Er enthält viele interessante Details, die die Zukunft der Gemeinde in den Planjahren 2009 – 2013 beleuchten und ist damit ein gutes Führungsinstrument. Das Parlament kann den IAFP nur zur Kenntnis nehmen, damit bleibt das HRM-Budget (Harmonisiertes Rechnungsmodell), das wir im nächsten Traktandum beraten werden, nach wie vor das relevante Instrument fürs Parlament.

Unsere Kritikpunkte: Ein Legislaturziel des Gemeinderates war die Steuersenkung per 2010. Im IAFP ist eine Steuersenkung leider nicht berücksichtigt und geplant und dies für alle Planjahre bis 2013. Eigentlich schade. Wir haben jahrelang kritisiert, dass ausserordentliche Erträge, das so genannte "Tafelsilber", für die Deckung des Defizits in der Laufenden Rechnung aufgewendet worden sind. Diese Kritik ist damit beantwortet worden, dass ausserordentliche Erträge absolut an der Tagesordnung sind, dass sie fast jedes Jahr vorkommen und mit einer schlaun Bodenpolitik des Gemeinderates verbunden sind. Bis in die Planungsjahre 2013 sind aber keine ausserordentlichen Erträge mehr vorgesehen. Es stellt sich die Frage, ob die Gemeinde ihr Tafelsilber nun tatsächlich versilbert hat oder ob beim heutigen Stand des Eigenkapitals keine ausserordentlichen Erträge mehr nötig sind und deshalb zurückgehalten werden. Wohlwollend nehmen wir zur Kenntnis, dass die Investitionen ausgebaut werden und damit der Rückstand im Unterhalt der gemeindeeigenen Liegenschaften und Strassen aufgeholt wird. Damit ist eine Forderung der SVP-Fraktion berücksichtigt worden.

Die SVP-Fraktion nimmt aus den vorgenannten Gründen teilweise zustimmend Kenntnis vom IAFP.

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Die SP-Fraktion hat nichts am Hut mit einer Casino-Finanzpolitik. Uns genügen die Glücksspiele im Investment-Banking. Wir halten nichts von Spekulationen auf Termingeschäfte, wir sind für eine solide Finanzpolitik, wie sie in den vergangenen Jahren durch den Finanzvorsteher und den Gemeinderat verfolgt worden ist. Diese Politik hat den Bilanzfehlbetrag auf unspektakuläre Art weggebracht und wird neuen Handlungsspielraum zurückbringen. Wir wissen, dass dieser Handlungsspielraum noch nicht abgesichert ist. 12 Millionen Franken Eigenkapital sind zwar vorhanden, aber die vom Kanton geforderten drei Steuerzehntel sind nicht unter Dach und Fach. Gute Bauersleute wissen, dass die Ernte erst unter dem Scheunendach vor Hagelschlag sicher ist. Hagelwolken sind aber am Himmel zu sehen, das bestätigen Nationalrat Gerold Bührer (FDP) von economiesuisse, Nationalrat Johann Schneider-Amman (FDP), Präsident der Maschinenindustrie, und neuerdings auch Bundesrätin Doris Leuthard. Die Steuereinnahmen aus Unternehmen hängen stark vom Konjunkturrisiko ab. Ich spreche nicht von der Finanzkrise, sondern von der Realwirtschaft. Noch vor fünf Jahren, als wir uns in einer Rezession befunden haben, betrogen die Steuerein-

nahmen von juristischen Personen 3 Millionen Franken, im Jahr 2004 sind sie auf 8 Millionen Franken gestiegen und letztes Jahr auf 18 Millionen Franken. Diese Einnahmen sind demnach sehr volatil. Fazit: Eine solide Finanzplanung rechnet nicht mit nicht gesicherten Erträgen. Der Gemeinderat ist in diesem Sinn nicht pessimistisch, wie das von einigen immer wieder suggeriert wird, sondern realistisch. Mit seinen Annahmen zu den Erträgen ist er im Mittelfeld vergleichbarer Gemeinden. Das ist in unseren Augen gut und diese Haltung unterstützen wir. Finanzplanung ist ein schwieriges Ding, das ist uns allen bekannt. Sie ist immer eine Momentaufnahme und viele Faktoren sind schwer berechenbar. Vergleichen wir die Finanzpläne der letzten Jahre, finden wir immer wieder zum Teil ziemlich unterschiedliche Werte. Diese Erkenntnis veranlasst uns dazu, auf eine solide Strategie zu bauen. Deshalb nochmals die – bereits mehrmals erläuterte – Finanzstrategie der SP: Die Absicherung des Handlungsspielraums mit drei Steuerzehnteln ist vorrangig und erst wenn diese nächstes Jahr erreicht ist, können die Steuern per 2010 – dann hoffentlich spürbar – gesenkt werden. Das ist auf Seite 4 des IAFP nachzulesen, wo sich der Gemeinderat durchaus dazu bekennt, die Steuern per 2010 zu senken. Er schiebt diese Senkung demnach nicht immer weiter hinaus, er will dafür aber klare Bedingungen.

Zur soliden Strategie gehört auch die Werterhaltung der gemeindeeigenen Anlagen. Wir stellen mit Befriedigung fest, dass ein grosser Teil der Investitionen der Kategorie A (Werterhalt) und der Kategorie B (Werterhalt und Wertvermehrung) zugeordnet sind. Nur wenige sind reiner Wunschbedarf (Kategorie C). Der Gemeinderat ist demnach kein Verschwender. Der einzige grosse Posten in der Kategorie C ist die Ballsporthalle. Können wir uns diese mit einer übereilten Steuersenkung noch leisten? Neben den Abschreibungen wird sie namhafte Betriebskosten verursachen. Mit Unruhe stellen wir von der SP-Fraktion fest, dass im Finanzplan die Tramlinien 10 und 9 noch fehlen und für das Schloss nur ein Minimalbetrag einberechnet ist, der lediglich für die Sicherung der Anlagen vor einem totalen Verfall genügt. Beides sind doch Projekte, die für die Attraktivität der Gemeinde Köniz notwendig sind.

Die SP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom IAFP 2009.

Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP): Der IAFP erlaubt eine rasche und gute Übersicht zum Voranschlag 2009, aber auch einen Blick in die weitere Zukunft. Mit der Darstellung des Finanz- und Investitionsplans sind wir soweit zufrieden; über den Inhalt wird noch eingehend zu diskutieren sein. Neu ist eine flächendeckende Produktgruppenübersicht vorhanden, mit welcher Veränderungen und Entwicklungen sehr gut erfassbar sind und gesteuert werden können. Bei den Fokus-Produktgruppen sind wenige Veränderungen gegenüber dem Stand des letzten Jahres ersichtlich, weil die Ergebnisse der Indikatoren erst Ende 2008 bekannt werden. Alles in allem ist der IAFP ein geeignetes Instrument, wenn auch hie und da noch einige Verbesserungen möglich wären.

Konkretes zum Inhalt: Der Finanzplan hat sich zwar deutlich ins Positive verändert, für Euphorie besteht aber noch kein Grund. Ganz besonders erstaunt uns, dass keine ausserordentlichen Erträge mehr ausgewiesen sind. Richtig ist, dass der Voranschlag weiterhin ohne ausserordentliche Erträge ausgeglichen sein soll, was aber nicht heisst, dass voraussehbare Erträge wie Neubewertungen und Verkäufe nicht in geeigneter Form ausgewiesen werden sollen. Der aufmerksame Leser wird selber rechnen und die richtigen Schlüsse ziehen können. Zum Investitionsplan werden wir uns in der Detailberatung noch äussern.

Grosses Verbesserungspotenzial orten wir in den Fokus-Produktgruppen. Uns ist klar, dass die Ergebnisse von 2008 noch nicht eingetragen werden konnten. Aus den meisten Indikatoren bestehen jedoch Erfahrungswerte. Absehbare Entwicklungen sollen dargestellt werden, ganz besonders jene Entwicklungen, die wünschbar oder bereits kommuniziert worden sind. Deutlich wird dies z. B. auf Seite 111, wo die Platz- und die Betreuungstundenzahl der Kindertagesstätten respektive der Tagesbetreuung ab 2009 stabil dargestellt sind, obwohl der Gemeinderat klar kommuniziert hat, dass er weiterhin ausbauen wird. Wir werden das anlässlich der Beratung des Planungsbeschlusses hören.

Aus diesen und weiteren Gründen wird die CVP/EVP-Fraktion vom IAFP 2009 teilweise zustimmend Kenntnis nehmen.

Harald Henggi (FDP): Wie alle Jahre wieder möchte ich eine Lanze für die Planenden brechen. Ich höre immer wieder, dass der Finanzplan nicht mehr als eine Momentaufnahme sein kann. Ich habe anlässlich der Vorbereitungen für die heutige Sitzung das Protokoll der letztjährigen Sitzung gelesen. Unter anderem wurde dort erwähnt, dass die Zahlen im Finanzplan nur eine

bedingte Aussagekraft haben, sie sind grobe Richtwerte, können immer wieder ändern und das Instrument IAFP ist ungenau, usw. Sogar die Aussage, dass der IAFP eine Zusammenstellung falscher Zahlen ist, habe ich gelesen. Wie fast alle Jahre wieder, wiederhole ich mich: Ich finde diese Äusserungen und Aussagen schlicht bedenklich. Selbstverständlich kann Finanzplanung nicht genau sein und wird in Folgejahren immer unschärfer. In der Finanzplanung interessiert aber doch, was dahinter steht, welche Planannahmen, welche Rahmenbedingungen, eventuelle Varianten und Szenarien vorgenommen und beraten worden sind, damit wir im nächsten Jahr nachvollziehen können, weshalb die Rechnung anders ausgefallen ist als angenommen.

Christoph Salzmann (SP): Auf Seite 10 des IAFP erörtert der Gemeinderat die Berechnungsgrundlagen, auf welchen die Zahlen beruhen. Ich habe Verständnis dafür, wenn er keine Steuerersenkungen mit einbezieht. Das würde noch trügerischere Zahlen hervorbringen. Als Berechnungsgrundlage: Ein Steuerzehntel macht in der Gemeinde Köniz rund 6 Millionen Franken aus.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Der IAFP ist noch "work in progress". Es handelt sich erst um den zweiten IAFP und wir sind noch nicht perfekt. Ich möchte einerseits an die Adresse diverser Votanten sagen, dass es die Absicht des Gemeinderates ist, erwartete Veränderungen in der Laufenden Rechnung vor allem in den Folgejahren des Finanzplans besser zu berücksichtigen. Andererseits bleibe ich bei meinen Ausführungen über die Genauigkeit des IAFP. Es handelt sich um eine Momentaufnahme, die zeigt wo wir heute stehen. Um weitergehende Entscheidungen zu treffen oder um Noten zu geben, kann nicht nur darauf abgestellt werden. Man sieht im IAFP gewisse Trends, man sieht wo Handlungsbedarf vorhanden ist; man muss jedoch acht geben, das Planungsinstrument nicht überzubewerten.

Zum Stichwort Handlungsbedarf: Letztes Jahr haben Sie völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat im Finanzplan bei den Investitionen ganz andere Zahlen aufgeführt hatte als im Investitionsplan. Das ist erkannt worden und wir haben nun im Verlaufe des Jahres intensiv abgeklärt, wie viele Mittel für den Unterhalt der Infrastruktur – Schulen und Kindergärten – und wie viel für den Unterhalt der gemeindeeigenen Strassen bereitgestellt werden müssen. Das hat zu einer Begradigung der Differenz zwischen Finanz- und Investitionsplan geführt. Das Investitionsvolumen ist von 9 auf 12 Millionen Franken heraufgesetzt worden. In den Planjahren haben wir, um die Unschärfe der Planung etwas zu entschärfen, einen Zuschlag von 20 Prozent erlaubt. Diese Erfahrungszahl wird auch von anderen Gemeinden benützt. Wir haben in diesem Sinn eine Lehre im Bereich der Investitionen gezogen und haben im heutigen Finanzplan nachweisen können, dass wir dies im Griff haben.

Es ist mehrmals erwähnt worden, dass im IAFP keine Steuerersenkung vorgesehen ist. Der Gemeinderat will damit in keiner Art und Weise eine Abweichung zu seiner Finanzstrategie bekanntgeben. Die Finanzstrategie besteht immer noch und sie besagt klar, dass damit der Abbau von Schulden gewährleistet werden soll, dass Investitionen in die Zukunft möglich gemacht werden sollen, dass die Gemeinde Köniz in gewissen Bereichen weiterentwickelt werden soll, dass im Bereich des Teuerungsausgleichs für das Gemeindepersonal der Rückstand verringert werden soll und dass auch die Steuern gesenkt werden sollen. Hier im Parlament hat eine Fraktion offensichtlich nur Letzteres im Auge, was ich sehr bedaure.

Was die Bilanzgewinne aus den Landgeschäften anbelangt, nehme ich zur Kenntnis, dass Sie Informationen darüber wünschen. Von Ihrer Seite musste der Gemeinderat aber in vorangegangenen Jahren jeweils zur Kenntnis nehmen, dass Sie diese Gewinne als Sonderfaktoren bezeichnen. Der Gemeinderat hat aufgrund dessen entschieden, die Bilanzgewinne aus Landgeschäften nicht im Finanzplan auszuweisen. Ich nehme hiermit zur Kenntnis, dass die Bilanzgewinne aus Landgeschäften nun wieder im Finanzplan aufgeführt werden sollen.

Detailberatung

Abfall

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Der IAFP ist im September 2008 erstellt worden. Dass sich Annahmen und Zahlen aber sehr schnell ändern können, dazu zitiere ich Ihnen aus einer Medienmitteilung, die wir letzte Woche vom Verband Stahl-, Metall- und Papierrecycling Schweiz erhalten haben: "Kritische Situation auf dem Schrott- und Altpapiermarkt. Die Schrott- und Altpapierpreise sind in den letzten Monaten massiv eingebrochen. Noch nie war ein so

drastischer Preiszerfall in kürzester Zeit festzustellen. Beim Altpapier wurden seit Jahren keine so tiefen Preise notiert. Die Folgen davon sind für die Branche und deren Kunden gravierend. Altpapier und Schrott werden von den Verwertern zurzeit nur noch beschränkt oder gar nicht mehr abgenommen. Dies hat zur Folge, dass Zuzahlungen durch Lieferanten notwendig werden. Die unsichere Situation auf den Finanzmärkten und die Rezessionsängste haben weltweit zu einem massiven Nachfragerückgang in der Industrie und in der Baubranche geführt. Die Zurückhaltung hat sich unmittelbar auf die Rohstoffmärkte ausgewirkt. Die Stahlwerke, Giesereien und Papierfabriken haben ihre Produktion und ihre Nachfrage nach Sekundärrohstoffen markant gedrosselt. Daraus resultiert neben tiefen Abnahmepreisen ein ernstes Absatzproblem für die Schrott- und Altpapierbranche." Was bedeutet das für die Gemeinde Köniz? Wir haben bis jetzt pro Tonne Altmetall einen Erlös von 200 Franken erhalten. Nun bezahlen wir 150 Franken pro Tonne, damit das Altmetall überhaupt abgegeben werden kann. Die Firma Karl Kaufmann AG hat uns mitgeteilt, dass sie in diesem Bereich mit noch höheren Preisen rechnet. Im Bereich Altpapier erhalten wir pro Tonne zurzeit noch 60 Franken und wir rechnen auch hier mit noch stärker sinkenden Preisen. Fällt der Preis auf 20 Franken/Tonne, nehmen wir 90'000 Franken weniger ein. Im Bereich Altmetall betragen die Mindereinnahmen 70'000 Franken. Die Rezession hat im Dienstzweig Abfall und Deponie bereits begonnen.

Institutionelle Sozialhilfe

Christian Roth (SP): Ich spreche sowohl zu Seite 76 als auch zur Fokus-Produktegruppe. Ich möchte mein Erstaunen und meinen Unmut über die Entwicklung der Anzahl Plätze im Bereich Kindertagesstätten anbringen. Zwar hat der Kanton Bern im Jahr 2008 nachträglich dem Ausbau von 7 Kita-Plätzen sowie dem Ausbau von Tagespflegeplätzen zugestimmt; das ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Ein Blick auf die kommenden Jahre und ein Vorausschauen auf die Antwort des Gemeinderates zum Planungsbeschluss betreffend die Reduktion der Warteliste bei den Kitas zeigt auf, dass in Bezug auf einen entschiedenen Ausbau der Kita-Plätze der politische Wille beim Gemeinderat zurzeit fehlt. So sind bis ins Jahr 2011 keine weiteren Kita-Plätze im IAFP vorgesehen. Wir verharren auf 127 Plätzen und dies, obschon der Bericht Hornung aufzeigt, dass in Köniz erheblich mehr Kita-Plätze nötig sind. Das Bevölkerungswachstum insbesondere in den Ortsteilen Wabern, Liebefeld, Köniz und Niederwangen erfordert dringend die Erstellung von 65 zusätzlichen Kita-Plätzen bis ins Jahr 2010. Dies auch, um die unsäglich lange Warteliste endlich bestimmt und zukunftsbejahend abzubauen. Doch davon sehe ich – das wird auf Seite 107 ersichtlich – in der Produktegruppe 15.2 rein gar nichts. 127 Kita-Plätze sind aufgeführt, mehr nicht. Das mutet etwas seltsam an, denn andere Produktegruppen z. B. 15.3 (Angebote für Menschen im Alter) unterliegen durchaus einer Entwicklung. So wird beispielsweise die Anzahl der verrechenbaren Pflegestunden jährlich erhöht. Das will ich nicht infrage stellen und ich will die beiden Produkte auf keine Art und Weise gegeneinander ausspielen. Weshalb passiert aber diese Weiterentwicklung im Bereich der Kita-Plätze nicht? Ich erwarte hier vom Gemeinderat ein deutliches und entschiedenes Vorgehen, damit die Gemeinde für junge Familien nicht unattraktiv wird. Hier müssen wir Farbe bekennen und rasch zusätzliche Kita-Plätze schaffen, auch wenn uns der Kanton den Ermächtigungssegens dazu noch nicht gibt.

Controlling Legislaturplanung

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Eine Richtigstellung auf Seite 128: In Punkt 3.2.1 Aufbau bzw. Weiterentwicklung eines bereichsübergreifenden "Freiwilligen Netz Köniz" haben wir festgehalten, dass im Jahr 2008 das Ziel erreicht ist. Das ist so nicht richtig und das habe ich anlässlich der GPK-Sitzung bereits erklärt. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht und auch der Indikator läuft nicht "nach Plan", sondern erfährt eine Verzögerung.

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis vom IAFP für das Jahr 2009.
(abgegebene Stimmen: 14 zustimmend, 26 teilweise zustimmend)

4. Voranschlag 2009

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Martin Graber: Das Eintreten auf das Geschäft ist obligatorisch und das Geschäft ist eine Kernaufgabe des Parlaments. Wäre das Eintreten nicht obligatorisch und würde das Parlament tatsächlich nicht auf die Vorlage eintreten, müsste es von der Traktandenliste gestrichen werden. So gesehen könnte die Gemeinde Köniz weder Einnahmen generieren noch Ausgaben tätigen; die Gemeinde Köniz würde quasi nicht existieren.

Die Debatte teilt sich in vier Teile auf: Im ersten Teil findet eine allgemeine Debatte mit einer bereits bekannten und allfälligen weiteren Rückweisungen statt. Danach wird über den bereits vorhandenen Rückweisungsantrag und allfällige weitere abgestimmt. Wenn mehrere Rückweisungsanträge vorliegen, werden sie einander gegenübergestellt. Werden alle Rückweisungsanträge abgelehnt, setzen wir die Debatte mit der Beratung anhand des gemeinderätlichen Antrags fort. Im zweiten Teil beraten wir über den Voranschlag 2009 gemäss Inhaltverzeichnis. In diesem Teil können Anträge zu einzelnen Budgetposten gestellt werden. Die Abstimmung darüber erfolgt jeweils direkt. Allfällige Anträge zur Veränderung des Steuersatzes sind hier zu stellen. Wenn Anträge für die Änderung des Steuersatzes oder einzelne Budgetposten erfolgen, wird durch den Finanzverwalter Thomas Pfyl dem Parlament jeweils die aktualisierten Zahlen abgegeben. Im dritten Teil wird über allfällig veränderte Steueranlagen abgestimmt; dazu werden Ihnen – wie bereits erwähnt – die relevanten Zahlen zur Verfügung gestellt. Sind mehrere Anträge vorhanden, werden sie einander gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag gelangt in die Schlussabstimmung. Im vierten Teil, der Schlussabstimmung, stehen sich der obsiegende Antrag gegen den Antrag des Gemeinderates mit dem Steuersatz 1.54 gegenüber.

GPK-Referent Valentin Lagger (CVP): Inhaltlich kann ich auf die Fragen verweisen, die im Zusammenhang mit dem IAFP bereits behandelt worden sind. Die Diskussionen in der GPK zum Voranschlag 2009 dauerten lange und daraus hat sich ein Antrag herauskristallisiert. Ich muss aber mit aller Deutlichkeit eine Vorbemerkung anbringen: Die Diskussionen in der GPK sind vertraulich und werden jeweils durch den GPK-Referenten oder die GPK-Referentin der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Informationen an die Presse – so steht es im GPK-Reglement – sind, wenn überhaupt, dem GPK-Präsidium vorbehalten. In diesem Sinn muss ich mit aller Schärfe die Indiskretionen der Grünen Köniz verurteilen, die den Antrag der GPK öffentlich gemacht haben. Wir werden darüber noch diskutieren müssen.

Zum Antrag der GPK: Die GPK beantragt dem Parlament mit 4 : 3 Stimmen die Rückweisung des Voranschlags 2009, verbunden mit dem Auftrag, einen ausgeglichenen Voranschlag 2009 mit einer Steuersenkung von mindestens 0,5 Steuerzehnteln vorzulegen.

Nachfolgend eine kurze Zusammenfassung der Argumente für und gegen den Antrag. Für den Rückweisungsantrag ist vorgebracht worden, dass der Gemeinderat seit Jahren einem Zweckpessimismus frönt und die Situation stets dramatischer darstellt, als sie wirklich ist. Als Beispiel dazu ist die Hochrechnung des letzten Jahres angeführt worden, die einen Gewinn von 5,4 Millionen ausgewiesen hat. Die definitive Rechnung 2007 hat einen Gewinn von mehr als 12 Millionen Franken ausgewiesen. Auch in diesem Jahr sieht die Hochrechnung mit jedem Tag besser aus. Für die Einlösung des Versprechens, die Steuern nach der Gesundung der Finanzen wieder zu senken, fehlt der Wille. Zwischen Rechnung 2007 und Voranschlag 2009 wird ein Ausgabenwachstum von 17 Millionen Franken bzw. 10 Prozent des Gesamtbudgets verzeichnet. Diese Zahlen zeigen, dass eine Steuersenkung möglich ist. So ist beispielsweise im Bereich Gemeindepersonal das Aufholen des Teuerungsrückstandes aus den Neunzigerjahren nicht akzeptabel. Die finanzpolitischen Risiken sind durch den Gemeinderat teilweise überzeichnet und teilweise so alt, dass sie nicht als unplanbare Risiken definiert werden können.

Gegen den Rückweisungsantrag ist vorgebracht worden, dass die Finanzkrise ein grosses Risiko und Vorsicht geboten ist. Die in letzter Zeit hohen Unternehmensgewinne und damit auch die hohen Steuereinnahmen werden nicht einfach so wiederkehren. Gewisse grosse Unternehmen können ein Klumpenrisiko sein. So hat z. B. die Gemeinde Münchenbuchsee das Pech gehabt, dass ein Grossteil ihrer Steuereinnahmen auf einer einzigen grossen Firma basierte. Es ist auch nicht sicher, dass jährlich ein Gewinn von 12 Millionen Franken resultiert. Es ist nicht strategisch, den Voranschlag 2009 ohne Sparrichtlinien zurückzuweisen. Der Gemeinderat hat im Übrigen per 2010 eine Steuersenkung vorgesehen. Man kann nicht jetzt bereits mit noch nicht vorhandenen Erträgen spekulieren.

Nun zu einer Frage, die nicht nur in der GPK heiss diskutiert worden ist: Die Frage, nach der Rückweisung ohne genaue Erklärungen, wo Einsparungen vorgenommen werden sollen. Die einen GPK-Mitglieder sind der Meinung, es sei unfair, eine Steuersenkung ohne Erklärung zu fordern, wo gespart werden soll. Die anderen sind wiederum der Ansicht, dass das Parlament mit der Festsetzung der Steueranlage die groben strategischen Leitlinien gibt, und dass der Gemeinderat setzt diese in einem neuen Budget umsetzt. Dieses kann dann vom Parlament entweder genehmigt oder wieder zurückgewiesen werden. Die unseligen Zeiten der Detaildiskussionen seien endgültig vorbei, was gut sei. Mittlerweile, das haben sie alle der Presse entnehmen können, liegt mehr als nur ein Antrag vor. Ich habe deshalb, vor allem in Bezug auf die Formulierung der Anträge, gewisse Abklärungen rechtlicher Natur beim AGR (Amt für Gemeinden und Raumordnung) vorgenommen. Da ich diese Abklärungen erst nach der GPK-Sitzung getroffen habe, konnten sie von der GPK nicht diskutiert werden. Die SVP-Fraktion will das Budget 2009 genehmigen, stellt allerdings zu Punkt 2 den Antrag, die Steueranlage um 0,5 Steuerzehntel zu senken, d. h. von 1.54 auf 1.49. Wenn dem zugestimmt wird, wäre der Beschluss bei Punkt 1 falsch, weil eine neue Steueranlage nicht zum Ertrag führen kann, der in Punkt 1 genehmigt worden ist. Ich habe beim AGR die Rechtmässigkeit eines solchen Beschlusses abgeklärt und die Sachlage ist klar: Ein solcher Beschluss ist juristisch nicht haltbar, weil ein Beschluss zum Budget in sich stimmig sein und jene Zahlen in Aufwand und Ertrag aufweisen muss, die sich aus der Steueranlage ergeben. Zudem hat der Beschluss zur Steueranlage und zu Aufwand/Ertrag gleichzeitig zu erfolgen. Ein Beschluss, der die einseitige Anpassung der Steueranlage verlangt und auch verlangt, dass die Rechnung allenfalls ausgeglichen sein muss, ist nicht zulässig. Mittlerweile sind wir einen Schritt weiter und man hat sich vorbereitet, wie man zu einem rechtsgültigen Beschluss gelangt. Ich gehe davon aus, dass die Computer richtig eingestellt sind. Ob dieses Vorgehen allerdings der Vorgabe, die parlamentarischen Akten vorgängig zu versenden, entspricht, mögen andere entscheiden. Es ist zumindest diskutierbar. Eine persönliche Bemerkung als GPK-Sprecher, der dafür verantwortlich ist, dass alles richtig abläuft: Ob es wirklich seriös ist, ein solch komplexes Werk über das Knie zu brechen, ist eine Frage, die ich hier nicht länger diskutieren will.

Die GPK beantragt Ihnen mit 4 : 3 Stimmen die Rückweisung des Voranschlags 2009, verbunden mit dem Auftrag, ein ausgeglichenes Budget mit einer Steuersenkung von mindestens 0,5 Steuerzehnteln vorzulegen.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich bringe eine erste Vorbemerkung zur Debatte über den Voranschlag 2009 an: Wenn wir heute Abend über eine Steuersenkung diskutieren, geht es der Gemeinde Köniz finanziell offenbar wieder gut. Das ist zunächst einmal sehr erfreulich. Vor 10 Jahren haben wir noch einen Bilanzfehlbetrag von mehr als 10 Millionen Franken ausgewiesen und nun sind 12 Millionen Franken Eigenkapital vorhanden. Das ist auf eine Finanzpolitik zurückzuführen, auf die der Gemeinderat stolz sein darf. Diese Situation ist durch eine bis ins Jahr 2007 sehr erfreuliche Konjunktursituation unterstützt worden. Eine zweite Vorbemerkung: Im April 2007 habe ich das Thema Steuersenkung in die politische Agenda von Köniz gesetzt und Sie können davon ausgehen, dass ich wie auch der Gemeinderat eine Steuersenkung befürworten. Wir sind uns heute in dieser spannenden Diskussion lediglich uneinig über den Zeitpunkt und das Ausmass.

Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP): Der Voranschlag 2009 ist ein ausgezeichnete Voranschlag. Ausgezeichnet vor allem unter dem Kriterium, dass alles dafür getan worden ist, damit eine Steuersenkung unmöglich scheint. Heute müssen wir diese Prämisse ändern. Im Gemeinderat ist offensichtlich die Prämisse gewesen, dass bevor der Steuerzahler von guten Rechnungsergebnissen profitieren kann, alles andere vorher kommt. Unsere Prämisse ist eine andere. Jetzt soll auch der Steuerzahler profitieren. Die Hochrechnung zeigt, dass die Gemeinde Köniz vermutlich wiederum Millionenbeträge sparen kann. Wiederum liegt das Ergebnis deutlich – einen halben Steuerzehntel – über dem Budget und es würde wenig überraschen, wenn es bei der Rechnung 2008 noch besser aussehen wird. Auch bei der gegenwärtigen Unsicherheit werden die Steuereinnahmen zumindest im nächsten Jahr nicht signifikant wegbrechen. Eine Senkung des Steuerfusses um mindestens einen halben Steuerzehntel vorzusehen, ohne damit ein Defizit zu provozieren, ist der richtige Weg. Es ist ein pragmatischer Weg, der dem Gemeinderat die operationelle Handlungsfreiheit lässt, z. B. was eine sinnvolle Erhöhung der Investitionen angeht. Der Weg ist in einer Situation, wo nächstens drei Steuerzehntel Eigenkapital aufgebaut sind, auch gangbar. Der Weg ist bei einem Voranschlag, wo an Wunschbedarf wie z. B.

an die Aufholung eines Teuerungsrückstandes für das Gemeindepersonal aus der Mottenkiste gedacht werden kann, auch vernünftig. Der Weg ist nicht zuletzt deshalb sinnvoll, weil er endlich berücksichtigt, dass es legitim und nötig ist, die Steuerzahler zu entlasten. Dies gerade in einem Moment, wo der private Konsum unbedingt gestützt werden muss. Pikanterweise fordert deshalb auch die SP heute vielerorts Steuersenkungen.

Der Freisinn wird deshalb den Antrag der GPK auf Rückweisung unterstützen, trotz der Problematik, dass wir vorübergehend über kein gültiges Budget verfügen. Die Rückweisung würde aber Rechtssicherheit schaffen und wir könnten später ein Budget verabschieden, in dem der Gemeinderat politische Prioritäten setzt; ein Budget das nicht einfach Makulatur ist.

Sollte der Rückweisungsantrag abgelehnt werden, stellen wir vier Eventualanträge: Erstens wird im Beschlusdispositiv der Steuersatz auf 1,49 korrigiert. Zweitens wird der Personalaufwand um 1 Million Franken reduziert. Drittens wird der Sachaufwand um 80'000 Franken reduziert. Viertens werden die eigenen Beiträge um 200'000 Franken reduziert. Ich komme in der Detailberatung auf diese vier Eventualanträge zurück.

Damit würde die Aufwandseite so entlastet, dass es realistisch scheint, eine Steuersenkung zu beschliessen, ohne dass ein Defizit droht. Die verbliebenen ungefähr 1,25 Millionen Franken Defizit sollen durch eine restriktive Ausgabenpolitik und allenfalls einnahmenseitig aufgefangen werden können. Ohne Rückweisung und ohne Detailanträge würde eine Steuersenkung den Voranschlag 2009 bereits heute Abend zu Makulatur machen. Ich ziehe jedoch klare Zahlen dem Prinzip Hoffnung eindeutig vor. Damit nehmen wir heute einen ersten pragmatischen und vermutlich mehrheitsfähigen Schritt hin zum Ziel, den Steuerfuss wieder auf 1,45 zu senken, wie es seinerzeit versprochen worden ist. Dabei von Risiken zu sprechen, ist zwar richtig, denn jeder Budgetentscheid ist immer ein kalkuliertes Risiko und jeder Voranschlag geht von Annahmen über die Zukunft aus. Jeder Budgetentscheid ist aber auch ein Abwägen, wohin die Waage heute kippen muss und das ist für uns eindeutig. In Zeiten, wo offensichtlich finanzpolitischer Spielraum vorhanden ist, hat die Bevölkerung Anspruch darauf, dass Steuerversprechen eingehalten oder zumindest teilweise eingehalten werden. Vor allem dann, wenn die Leistungen und die finanzielle Stabilität unserer Gemeinde damit nicht tangiert werden. Wann, wenn nicht in solchen Momenten, sollen die Bürgerinnen und Bürger steuerlich entlastet werden? Daran ändert auch die modische Polemik derer nichts, die jetzt verzweifelt politische Vorteile aus einer Notsituation ziehen wollen. Die FDP/jfk-Fraktion fordert seit langem, dass das Parlament die Prioritäten auf massvolle Art hin zu all den Frauen und Männern rücken soll, die Monat für Monat sauer verdientes Geld abliefern, damit unser Gemeinwesen funktionieren kann. Dieser Moment ist heute gekommen und es liegt am Parlament in seiner Funktion als Volksvertretung, heute für das Volk zu entscheiden und dem Gemeinderat den Auftrag für eine massvolle Steueranpassung zu geben.

Fraktionsprecher Christian Burren (parteilos): Auch die SVP-Fraktion hat sich mit dem Voranschlag 2009 auseinandergesetzt. Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für das ausführliche Budget, das uns einen guten Einblick gibt. Ich danke dem Gemeinderat weiter für das Vorliegen der von uns geforderten Budgetvariante mit einem Steuerfuss von 1,45. Ob es schlussendlich so kommen würde, wie aufgezeigt, sei dahingestellt.

Wie heute bereits mehrmals gehört, befinden wir uns in einer besseren Lage als auch schon. Wir müssen uns nicht mehr mit Bilanzfehlbeträgen herumschlagen. Bei der Prüfung des Voranschlags 2009 haben wir Folgendes festgestellt: Im Voranschlag 2009 ist noch keine Steuersenkung vorgesehen. Im IAFP ist eine solche auch für 2010 nicht vorgesehen. Die Investitionen sind um 3 Millionen Franken erhöht worden. Das ist gut und im Sinn unserer Forderung. Die Werterhaltung der gemeindeeigenen Liegenschaften und der Strassen ist uns sehr wichtig. Weiter haben wir festgestellt, dass die Personalkosten um 3,7 Millionen Franken steigen. Der Sachaufwand ist gegenüber der Rechnung 2007 massiv gestiegen. Der Voranschlag 2009 sieht einen Ertragsüberschuss von 652'000 Franken vor. Für den Abbau des Bilanzfehlbetrags ist 2003 der Steuerfuss um neun Zehntel erhöht worden. Dem Personal ist der Teuerungsausgleich in dieser Zeit nicht immer gewährt worden. Das war der Sparbeitrag des Gemeindepersonals. Nun haben wir wieder ungefähr zwei Steuerzehntel Eigenkapital und das Personal soll gemäss Voranschlag rund 3,7 Millionen Franken mehr erhalten, was gut und recht ist. 0,4 Prozent davon sind der nachzuholende Rückstand auf den Teuerungsausgleich, der vor 10 Jahren aufgelaufen ist. Ist das richtig? Wir sind nicht dieser Meinung. Weiter stört uns an diesem Ausgleich des Teuerungsrückstandes das Giesskannenprinzip. Das ist jedoch ein Problem des Personalreglements, das bald überarbeitet wird. Die Aufholung des Teuerungsrückstandes

nach dem Giesskannenprinzip vorzunehmen, ist in unseren Augen unsozial. Wenn das Gemeindepersonal nun davon profitieren kann, dass es uns finanziell gut geht, ist das richtig, denn sie haben mitgeholfen, zu sparen. Jetzt soll aber auch die Steuern zahlende Bevölkerung davon profitieren, denn das wurde versprochen. Deshalb ist die SVP-Fraktion klar der Meinung, dass nun der Moment gekommen ist, den Steuerfuss zu senken; aber nicht wie gefordert, um 0,9 Steuerzehntel, sondern um 0,5. Wir wollen keine Hochrisikostategie fahren, sondern eine verantwortbare. Wir sind der Meinung, dass 0,5 Steuerzehntel oder 3 Millionen Franken durchaus zu verantworten sind.

Wir stellen deshalb den Antrag, den Steuerfuss auf 1,49 zu senken. Dass damit eine ausgeglichene Rechnung erwartet wird, sei nicht ganz sauber, haben wir heute bereits gehört. Das erwarten wir aber trotzdem. Ich denke, es ist im Interesse des Gemeinderates, dass er trotz dieser Steuersenkung versucht, die Rechnung 2009 ausgeglichen zu gestalten. Wir müssen mit einer Senkung des Steuerfusses in Kauf nehmen, einen Voranschlag 2009 mit einem Aufwandüberschuss zu genehmigen. Wie Valentin Lagger vorhin erklärt hat: Wenn in Ziffer 1 des gemeinderätlichen Antrags die genauen Zahlen enthalten sind, können wir sehr wohl den Steuerfuss ändern und dem entsprechenden Voranschlag zustimmen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass eine Rückweisung nicht notwendig ist. Wo genau eingespart werden kann, dazu werden wir in der Detailberatung Anträge stellen.

Wir werden dem Rückweisungsantrag der GPK nicht zustimmen.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Die Haltung der Grünen bezüglich Steuerfuss haben Sie der Presse entnehmen können. Leider hat sich in diese Pressemitteilung mit einem Nebensatz unabsichtlich etwas hineingeschlichen, das nicht dorthin gehört hätte. Wir möchten uns dafür in aller Form entschuldigen und werden dafür besorgt sein, dass solches nicht mehr geschieht.

Ich schicke zwei Dinge voraus: Erstens ist für uns Grüne ein effizienter und nachhaltiger Umgang mit allen Ressourcen zentral, d. h. mit natürlichen, sozialen und finanziellen. Manchmal ist von der einen Ressource etwas mehr notwendig, damit eine andere effizient eingesetzt werden kann. Ich werde dies noch im Detail erläutern. Zweitens sind die Grünen auf Ebene Kanton bei der moderaten Steuerreduktion federführend gewesen, die nun per 1. Januar 2009 wirksam wird. Das bringt eine Entlastung vor allem für Familien mit Kindern und für den Mittelstand, die auf Gemeindeebene so nie realisiert werden kann.

Unsere Position in der Steuerdebatte: Wir sind wie die SVP und die FDP der Meinung, dass die Investitionen auf 12 Millionen Franken zu erhöhen sind. Im Zentrum stehen bei uns die energetischen Gebäudesanierungen. Für uns sind auch Erhöhungen der Ausgaben für die Förderung von erneuerbaren Energien und für das Einsparen von Energie wichtig. Wir sind überzeugt, dass sich diese Ausgaben langfristig finanziell auszahlen werden. Für uns ist auch die Erhöhung der Ausgaben für die familienergänzende Kinderbetreuung und für Tagesschulen wichtig. Auch das wird sich auszahlen. Ebenso wie die leicht erhöhten Kosten für Integration, denn Nichtintegration könnte uns teuer zu stehen kommen. Der Teuerungsausgleich ist nicht bestritten. Bestritten ist aber die kleine "Realloohnerhöhung" von 0,4 Prozent, d. h. die Aufholung des Teuerungsrückstandes aus vergangenen Jahren. Auf der einen Seite finden wir diese Realloohnerhöhung in Ordnung, auch als Dank ans Personal, das damals mitgeholfen hat, den Bilanzfehlbetrag abzubauen. Auf der anderen Seite nehmen wir aber auch das Versprechen ernst, das seinerzeit abgegeben worden ist, die Steuern wieder zu senken, sobald der Bilanzfehlbetrag abgebaut ist. Wir werden Ende 2008 zwischen 2,5 und 3 Steuerzehntel Eigenkapital haben. Ausserordentliche Erträge sind keine budgetiert, sie werden aber trotzdem anfallen. Aus diesen Überlegungen sind wir Mitte Jahr in Bezug auf eine Steuersenkung optimistischer gewesen. Als Folge der Finanzkrise und der drohenden Rezession könnten die Unternehmenssteuern einbrechen, grosse Schwankungen sind möglich. Deshalb sind vorhandene Reserven wichtig.

Wir Grünen stimmen dem Voranschlag 2009 zu, auch wenn er aus unserer Sicht konservativ erstellt worden ist. Wir wollen auf keinen Fall einen budgetlosen Zustand anfangs 2009 riskieren. Aus diesem Grund werden wir dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen.

Trotzdem sind wir der Meinung, dass eine leichte Steuersenkung möglich ist. Ein Steuerfuss von 1,45 wäre verantwortungslos und nicht finanzierbar. Der Vorschlag für einen Steuerfuss von 1,49 geht uns ebenfalls zu weit. Das würde einen Verlust von 2,5 Millionen Franken bedeuten. Deshalb schlagen wir eine etappenweise Senkung vor und stellen einen Antrag für einen Steuerfuss von 1,51. Damit werden die Steuerzahler der Gemeinde Köniz um knapp 2 Millionen

Franken entlastet und das Budget wird einen Verlust von 1,2 Millionen Franken ausweisen. Diese Senkung des Steuerfusses erfolgt unserer Meinung nach mit Augenmass, denn damit können die erwähnten wichtigen Aufgaben in den Bereichen Umweltschutz, Kinderbetreuung, Integration, Investitionen und beim Personal wahrgenommen werden, die 1,2 Millionen Franken ausmachen. Der Vorschlag ist eine indirekte Umsetzung unseres Vorstosses 0825 "Ökoprozent".

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Ich habe den Eindruck, die anderen Fraktionen haben bereits ein Jahr vor den Wahlen den Kopf verloren. Davon zeugen in meinen Augen der Rückweisungsantrag und die verschiedenen beantragten Steuersätze.

Wir nicht. Wir wollen weiterhin einen kühlen Kopf bewahren und verlässliche und konstante Finanzpolitik betreiben. Wir treten für eine Steuersenkung im Jahr 2010 ein, wenn Eigenkapital in der Höhe von etwa drei Steuerzehnteln erwirtschaftet ist und die Erträge ein ausgeglichenes Budget erlauben. Jene Gemeinden, die bereits 2009 Steuern senken, haben alle wesentlich mehr Eigenkapital als drei Steuerzehntel. Für die Bevölkerung des Kantons Bern werden die Steuern bereits 2009 gesenkt. Dies infolge der Steuergesetzrevision, die der Gemeinde Köniz Ertragsausfälle von 4,5 Millionen Franken – ca. drei Viertel eines Steuerzehntels – bescheren. Die Steuergesetzrevision des Kantons Bern ist dank der SP und den Grünen – ich vergesse sie nicht – familienfreundlich ausgefallen. Ich nenne die SP aus diesem Grund stolz eine familienfreundliche Steuersenkungspartei. Sie unterliegt aber nicht dem Steuerfetischismus. Wir wollen gemäss unserer Fünfsäulenstrategie verantwortbare Steuersenkungen und das wird auf Gemeindeebene erst 2010 möglich sein. Da hilft auch das Kopieren amerikanischer Wahlslogans nichts. Es gilt dem Nachholbedarf bei den Investitionen Rechnung zu tragen und im vorliegenden Budget wird dem nachgelebt. Damit betreiben wir sofortige Konjunkturstützung, schneller als sie der Nationalrat oder eine Steuersenkung bewirken können. In Krisenzeiten wird höchstwahrscheinlich eher gespart als Geld ausgegeben. Die Investitionen der Gemeinde Köniz kommen hingegen dem Gewerbe, den KMU-Betrieben direkt zugute. Eine Rückweisung des Voranschlags 2009, aber auch die verschiedenen Anträge zur Senkung des Steuerfusses bergen die Gefahr, dass wir auf wesentliche Aufgaben, wie sie auf Seite 3 der blauen Beilage aufgeführt sind, verzichten müssen. Pauschal- und Sachaufwand muss gestrichen werden. Wo? Diese Aufgaben sind wichtige Beiträge zur Attraktivitätssteigerung der Gemeinde Köniz und damit zu künftigen Steuerermehrträgen. Man muss langfristig denken. In der blauen Unterlage ist auch ersichtlich, dass ein Steuerfuss von 1,45 anstatt 1,54 für eine vierköpfige Familie mit einem Einkommen von 60'000 Franken gerade einmal eine Einsparung von 43 Franken ausmacht, d. h. ein Pizzaessen ohne Getränke. Für ein Einkommen von 120'000 Franken liegen ein paar zusätzliche Laufschuhe für den Vater drin. Dafür wird gemäss blauer Beilage riskiert, dass der Ausbau der Kitas um sieben Plätze, der Ausbau der Spitex, der Tagesschulen, der Schulsozialarbeit und vieles mehr, nicht realisiert werden kann, weil irgendwo gestrichen werden muss. Den 43 bzw. 245 Franken Steuereinsparungen pro Familie steht eine Dienstleistungsreduktion der Gemeinde gegenüber.

Für Steuersenkungen auf dem Buckel der Gemeindeangestellten wird die SP-Fraktion nicht Hand bieten. Die langfristigen Nachteile einer solchen Politik sind dem Parlament vom Gemeinderat, aber auch von der SP-Fraktion bereits mehrmals erklärt worden und wenn es nötig ist, werden wir sie in dieser Debatte wiederholen. Die GPK, wie auch der Freisinn wollen dem Gemeinderat keine Anhaltspunkte geben, wo und wie er ein ausgeglichenes Budget erstellen soll. Das macht mir den Eindruck, wie wenn Generäle ihren Truppen das strategische Ziel vorgeben, den Krieg zu gewinnen, aber die Truppen müssen selber wissen wie das vonstatten gehen soll. Währenddem sich die Offiziere ins Casino zurückziehen und auf den Sieg anstossen.

Ich bitte alle besonnenen Mitglieder des Parlaments, dem vorliegenden Voranschlag 2009 zuzustimmen und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP): Ich möchte Ihnen kurz erklären, wie die EVP zum Voranschlag 2009 steht. Der Voranschlag 2009 scheint im Wesentlichen aus drei Ziffern mit einem Komma zu bestehen. Wir sollten aber eigentlich darüber debattieren, welche Dienstleistungen die Gemeinde Köniz ihrer Bevölkerung zur Verfügung stellt und welche nicht. Der Hebel wird in meinen Augen am falschen Ort angesetzt, wenn wir nur über den Steuerfuss debattieren.

Ich äussere mich zu zwei Bereichen. Zuerst zum Bereich Personal. Dazu haben wir eine Reihe Daten erhalten, mit denen ich aber eigentlich nicht zufrieden bin. Die Lohnerhöhungen usw.

sind in meinen Augen intransparent, aber hier wird die vorgesehene Revision des Lohnreglements wohl Abhilfe schaffen. Dem Nachholbedarf im Bereich der Investitionen können wir zustimmen. Noch eine Bemerkung zur blauen Beilage, die die Auswirkungen einer Steuersenkung per 2009 aufzeigt: Die Wirkung einer Steuerfussreduktion bei den Gemeinden hat sich seit der Einführung des Finanz- und Lastenausgleichs stark reduziert.

Die EVP wird den Voranschlag 2009 nicht zurückweisen und wir werden den Steuerfuss bei 1,54 belassen, weil wir schlussendlich der Meinung sind, dass die Strategie des Gemeinderates – die Steuern reduzieren, sobald drei Steuerzehntel Eigenkapital erreicht sind – einfach und klar ist. Dieser Strategie können wir folgen.

Ignaz Caminada (CVP): Bereits in der GPK ist der Voranschlag 2009 sehr intensiv diskutiert worden. Auch die bisherige Debatte ist intensiv verlaufen. Für die CVP ist klar, dass wir dem vorliegenden Voranschlag 2009 nicht zustimmen werden. In den letzten Jahren ist vonseiten des Gemeinderates stets wiederholt worden, dass die Steuern gesenkt werden, sobald zwei bis drei Steuerzehntel Eigenkapital vorhanden sind. Bereits letztes Jahr haben wir zwei Steuerzehntel auf die hohe Kante legen können. Gemäss Hochrechnung wird in diesem Jahr mindestens ein halber Steuerzehntel hinzukommen. Ich stelle die Frage: Was steht uns für eine Steuersenkung im Weg? Im Brockhaus habe ich für das Wort Budget folgende Definition gefunden: "Das Budget ist der zahlenmässige Niederschlag der geplanten finanzwirtschaftlichen Aktivitäten der öffentlichen Gebietskörperschaften. Es wird vom Parlament verabschiedet und ist politisch und rechtlich bindend. Das Budget spiegelt in seinen veranschlagten finanziellen Aufwendungen das politische Programm der Exekutive wider." Im Vorfeld zu dieser Budgetdebatte habe ich ab und an gehört, dass wir die Zahlen nicht so genau nehmen sollen, denn ein Budget sei bloss eine Absichtserklärung mit unzähligen offenen Punkten. Für uns von der CVP ist ein Voranschlag aber ein verbindliches Instrument, das klar aufzeigt, in welchen Bereichen in den Augen des Gemeinderates welche Einnahmen und Ausgaben zu erwarten sind. Beispiele, was bei einer Steuersenkung passieren kann, haben wir heute bereits einige gehört. Vergleiche ich aber die Voranschläge 2006 und 2007 mit den effektiven Rechnungen 2006 und 2007, stelle ich fest, dass in diesen beiden Jahren beim Personalaufwand eine Punktlandung vollbracht worden ist. Daraus können wir interpretieren, dass dieser Voranschlagposten sehr genau budgetiert wird. Dafür danke ich dem Gemeinderat bestens. Gegenüber der Rechnung 2007 müssen wir aber mit Entsetzen feststellen, dass der Personalaufwand um 9,1 Prozent bzw. 3,5 Millionen Franken gestiegen ist, obwohl in der Zwischenzeit das "Wunder von Köniz" – die Frühpensionierung – voll zum Tragen gekommen ist. Im Sachaufwand stellen wir fest, dass wenigstens im Jahr 2006 eine Punktlandung gelungen ist und 2007 besteht eine Differenz von 4 Prozent. Wieso aber der Sachaufwand gegenüber dem Abschluss von 2007 um über 10 Prozent zunehmen soll, ist nicht nachvollziehbar. Bei den Steuereinnahmen stellen wir fest, dass in den letzten drei Jahren jeweils zwischen 2 und 5 Prozent weniger budgetiert als wirklich eingenommen worden ist. Folgen wir dieser Logik, müssen wir annehmen, dass der Voranschlag 2009 um mehr als 2 Millionen Franken besser ausfallen sollte, d. h. er würde nicht mit einem Ertragsüberschuss von 652'000 Franken, sondern mit einem solchen von 2,6 Millionen Franken enden. Könnten zudem noch die von uns erwähnten Erhöhungen bei den Ausgaben geglättet werden, sähe der Voranschlag 2009 um vieles besser aus und niemand könnte mehr eine Steuersenkung in den Wind schlagen. Wenn ich nun das Zahlenmaterial Revue passieren lasse, werde ich das Gefühl nicht ganz los, dass beim Voranschlag 2009 nicht viele Punktlandungen realisierbar sind, und dass noch viel Luft drin ist.

Aus diesen Gründen werden wir von der CVP den Voranschlag 2009 gemäss Antrag der GPK zurückweisen. Wir sind überzeugt, dass wir – so besonnen wir Parlamentsmitglieder sind – der Bevölkerung gegenüber klare Signale setzen können. Wir halten unser Versprechen und vollziehen, sobald es vertretbar ist, eine Wiederherstellung des Steuerfusses. Jetzt in einem ersten Schritt fordern wir eine Senkung um 0,5 Steuerzehntel. Wir sind bestrebt, die Ausgaben der Gemeinde Köniz nicht unkontrolliert anwachsen zu lassen.

Daniel Oester (jfk): Der Gemeinderat präsentiert uns für 2009 einen ausgeglichenen Voranschlag. Aus meiner Sicht bedeutet dies, nach den Jahren 2007 und 2008 mit bedeutenden Überschüssen, wieder einen klaren Rückschritt. Dieser Rückschritt in der disziplinierten Führung des Gemeindehaushalts ist um so erstaunlicher und bedauerlicher, weil der Gemeinderat selber vor den konjunkturellen Risiken warnt. Es ist für mich unverständlich, weshalb nicht versucht wird, den finanzpolitischen Handlungsspielraum auch für die kommenden – vielleicht

schwierigen – Jahre aufrechtzuerhalten. Das vorliegende Budget basiert aus meiner Sicht auf dem Prinzip Hoffnung, dass sich die konjunkturelle Krise nicht stark manifestieren wird. Im vorliegenden Budget hat der Gemeinderat seine Prioritäten in der Finanzpolitik gesetzt. Das Gemeindepersonal wird zum zweiten Mal in Folge bevorzugt, indem der Teuerungsrückstand halbiert werden soll. Der Steuerzahler, der seit dem Jahr 2003 auch seinen Beitrag an die Sanierung der Gemeindefinanzen leistet, geht leer aus. Mich enttäuscht das vorliegende Budget auch deshalb, weil es aus meiner Sicht noch nie so einfach gewesen wäre wie jetzt, ein politisch breit abgestütztes Budget zu präsentieren. Mit etwas gutem Willen und einer ausgeglicheneren Gewichtung der finanzpolitischen Hauptziele (Personal, Investitionen, Steuern), hätte der Gemeinderat heute die Lorbeeren für einen für alle Seiten befriedigenden Voranschlag 2009 ernten können.

Noch ein Wort zum finanzpolitischen Spielraum. Anlässlich der letzten Parlamentssitzung, heute und in den Medien haben wir gehört, wie unverantwortlich die Teilnehmer an den Finanzmärkten in den vergangenen Jahren gehandelt haben. Die Selbstbedienungsmentalität der Topmanager wird landauf und landab heftig kritisiert und die allgemeine Entschädigungspolitik wird hinterfragt, da sie zu kurzfristig ausgelegt sei. Wir kennen aber alle die Regel, dass zuerst vor der eigenen Tür gewischt werden soll. Mit der Annahme des Voranschlags 2009 bewegen wir uns in ähnlichem Fahrwasser; wir bedienen uns der Überschüsse, die 2007 rund 12 Millionen Franken betragen haben und für 2008 ist mit rund 4 bis 5 Millionen Franken zu rechnen. Für das Jahr 2009 ist kein grosser Überschuss mehr vorgesehen. Wir handeln kurzsichtig, indem wir die nähere Zukunft negieren und den finanzpolitischen Spielraum wieder aus den Händen geben. Ich frage mich, was passieren wird, wenn die Steuereinnahmen wirklich einbrechen. Wo sind die Handlungsfelder? Wo können die vielleicht fehlenden 10 bis 15 Millionen Franken wieder hereingeholt werden? Wohl kaum mit einer Steuererhöhung. Im Vergleich mit 128 Städten in der Schweiz, liegt die Gemeinde Köniz auf dem 115. Rang.

Aus diesen Gründen werde ich den Rückweisungsantrag der GPK unterstützen.

Rita Sidler Omoregbee (SP): Stellen wir uns die Gemeinde Köniz als ein grosses Schiff vor, das auf den Weltmeeren fährt. In letzter Zeit ist das Schiff vom Kurs abgekommen und auf eine Eisscholle zugetrieben. Mit viel Umsicht, Geschick und sorgfältiger Planung konnte aber der Kurs in Richtung Südsee korrigiert werden. Bei Worten wie Steuersenkungen, bei Personalkosten sparen, den Teuerungsausgleich nicht gewähren, gefriert mir das Blut in den Adern, denn so treibt das Schiff auf die nächste Eisscholle zu.

Claudia Egli (SP): Das Wort "Könizer Bevölkerung" – zu der wir uns auch zählen – ist heute oft gefallen. In den letzten Wochen habe ich mit vielen Vertreterinnen und Vertreter der Könizer Bevölkerung gesprochen und sie gefragt, was sie von Steuersenkungen halten. Oft habe ich die Antwort gehört, dass dies zwar schön wäre, zum heutigen ungewissen Zeitpunkt sei dies aber wohl etwas risikoreich. Eine Person, die die FDP-Petition "Versprechen halten - Steuern senken" unterzeichnet hat, erklärte mir gegenüber, das sei wohl etwas voreilig gewesen. Es besteht die Möglichkeit, sich hier der Stimme zu enthalten, anstatt irgendetwas zu entscheiden, das man vielleicht bereuen könnte. Das abgegebene Versprechen, die Steuern zu senken, kann eingehalten werden, aber nicht jetzt. Auch die SP hat bereits Steuersenkungen gefordert, aber zu einem späteren Zeitpunkt.

Christoph Salzmann (SP): Neunzig Prozent des Votums von Daniel Oester sprechen dagegen, dass die Steuern für 2009 gesenkt werden sollen.

Ich möchte etwas aufgreifen, das im Parlament mehrmals geäussert worden ist: Den um 10 Prozent gestiegenen Sachaufwand. Budgets sind offenbar eine komplizierte Sache. Als Begründung für die Erhöhung des Sachaufwands ist auf Seite 4 festgehalten, dass eine leichte Zunahme von 0,6 Prozent vorhanden ist, weil insbesondere Positionen im Bereich Unterhalt dem ausgewiesenen Nachholbedarf angepasst werden. Weiter steht geschrieben: "Zu erwähnen ist, dass verschiedene Mehraufwände auch zu Mehrerträgen führen."

Daniel Oester (jfk): Ich habe nicht so blumige Worte wie Christoph Salzmann und offenbar versteht er mich besser als ich mich selber. Wie Claudia Egli erwähnt hat: Wenn wir sehen, dass schlechte Zeiten voraussehbar sind, versuchen wir zu sparen. Darin sind wir uns einig. Die Gemeinderechnung 2007 hat einen Überschuss von mehr als 12 Millionen ausgewiesen. Für das Jahr 2009, wo schlechtere Zeiten voraussehbar sind, soll plötzlich keine Luft mehr vorhan-

den sein. Was passiert nun? Die politisch linke Seite wird sich sicher dagegen wehren, die Ausgaben zu reduzieren und damit besteht nur noch die Möglichkeit, die Einnahmen zu steigern. Das funktioniert über eine Steuererhöhung. Deshalb will ich heute die Steuern senken, damit genug Spielraum vorhanden sein wird, diese – wenn die Finanzen schlecht sind – wieder zu erhöhen.

Parlamentspräsident Martin Graber: Ich schlage vor, dass wir nach dem Votum von Hugo Staub über den Rückweisungsantrag abstimmen.

Hugo Staub (SP): Nun haben wir von Daniel Oester gehört, dass wir die Steuern senken sollen. Ich zitiere Daniel Oester aus der Sitzung vom 12. November 2007: "Steuersenkung ist nicht unser Ziel, sondern eine nachhaltige Finanzpolitik." Der Gemeinderat plant für das Jahr 2009 Ausgaben im Umfang von 184 Millionen Franken. Die Aussage, dass der Steuerzahler leer ausgehen soll, leuchtet mir nicht ein. Für wen werden 184 Millionen Franken ausgegeben, wenn nicht zum grössten Teil für den Steuerzahler? Zu behaupten, die Bevölkerung gehe leer aus, ist ein totales Negieren von Leistungen und ein totales Fixieren auf Steuersenkungen.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich nehme zwei Bemerkungen auf.

Erste Bemerkung: Von der Seite der CVP ist erwähnt worden, dass die Personalkosten nicht im Griff sind. Ich habe Valentin Lager und den GPK-Mitgliedern die Erhöhung der Personalkosten erklärt und erkläre das hier gerne nochmals: Im Personalaufwand sind 4 Prozent für die Teuerung, für die Aufholung des Teuerungsrückstandes und für Beförderungen eingerechnet worden. Im Resultat beträgt der Zuwachs nur 3,4 Prozent und damit ist der Aussage von Ignaz Caminada widersprochen, dass wir nicht einen Teil der Zunahme – infolge von Frühpensionierungen, Stellenvakanzen, usw. – aufgefangen haben. Der Hauptgrund für den Zuwachs ist aber der Einkauf der neuen verteuerten Löhne in die Pensionskasse. Das hat nichts mit mangelhafter Steuerung des Gemeinderates zu tun, sondern mit dem Leistungsprimat der Pensionskasse. Zweite Bemerkung: Der Jungfreisinn hat das Ergebnis des Voranschlags 2009 als enttäuschend bezeichnet. Ich halte hier fest, dass das Ergebnis nicht so hoch ausfallen wird wie in den vergangenen Jahren, weil im Kanton Bern eine Steuergesetzrevision beschlossen worden ist, die nun Auswirkungen auf den Voranschlag 2009 der Gemeinde Köniz hat. Die Könizer Bevölkerung hat durch diese Steuergesetzrevision eine Steuerersparnis, die die Gemeinde Köniz 4,5 Millionen Franken kostet.

Zu den grundsätzlichen Aspekten. Der Gemeinderat konnte zum Rückweisungsantrag der GPK keine Stellung nehmen, auch an der GPK-Sitzung nicht. Ich stelle mit Genugtuung fest, dass der Umfang der Steuersenkung von 0,9 Steuerzehnteln offenbar vom Tisch ist und sich dafür niemand mehr einsetzt. Offensichtlich hat unser vorsichtiger Voranschlag 2009 schon etwas erreicht. Ich trage Ihnen nochmals die Argumente vor, die den Gemeinderat bewogen haben, am Fahrplan gemäss Finanzstrategie festzuhalten und die Steuern erst per 2010 zu senken. Wir haben erst ein wirklich gutes gesichertes Jahresergebnis, dasjenige aus dem Jahr 2007. Wir sind der Auffassung, dass eine Steuersenkung auf mindestens zwei gute Jahresabschlüsse gestützt sein soll. Für das laufende Jahr ist erst eine Hochrechnung vorhanden, die in vielen Punkten noch unsicher ist. Wenn wir eine Steuersenkung gestützt auf eine Rechnung und eine Hochrechnung beschliessen, machen wir genau das, was die internationale Finanzindustrie in die Krise gestützt hat. Wir beginnen zu spekulieren. Das will der Gemeinderat nicht. Hinzu kommen Unsicherheiten bei unserem grössten Steuerzahler. Dessen heute bestehende Firmenstruktur ist erst seit Anfang 2008 gültig und der erste Geschäftsabschluss wird erst Mitte 2009 vorliegen. Vorher können wir über Gewinn- und Kapitalsteuern von dieser Seite nur mutmassen. Damit wären auch hier reine Spekulationen die Basis für den Entscheid über eine Steuersenkung. Der letzte Grund der hauptsächlichen Überlegungen des Gemeinderates ist die internationale Finanzkrise. Sie wird in unserer Wirtschaft Spuren hinterlassen; sie wird möglicherweise zu einem Abschwung führen. Die Indikatoren verschlechtern sich laufend und wir wissen heute nicht, was noch kommen wird. Angesichts dieser Unsicherheiten sollte nicht voreilig gehandelt und der Fahrplan gemäss der Finanzstrategie des Gemeinderates erst recht eingehalten werden. Wir haben uns intensiv mit dieser Frage befasst. Wir haben uns den Entscheid nicht leicht gemacht und ausschlaggebend für ein weiteres Zuwarten sind die Unsicherheiten über die Folgen der internationalen Bankenkrise gewesen. Der Gemeinderat schlägt Ihnen in diesem Sinn noch eine einjährige Beobachtungsphase vor. Der Gemeinderat ist gewillt, sein Versprechen in Sachen Steuersenkung umzusetzen. Es gibt aus meiner Sicht noch einen

einzigsten Vorbehalt, der gegen eine Steuersenkung sprechen könnte: Schwerwiegende Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf unseren Finanzhaushalt.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Stimmung im Parlament eher pro Steuersenkung ist und dass der Voranschlag 2009 einen schweren Stand haben wird. Ich bin allerdings etwas erstaunt darüber, wie unbekümmert einige Parlamentsmitglieder die Anzeichen des Konjunkturerinbruchs ignorieren. Wenn der Steuerfuss gesenkt worden ist, die Wirtschaft aber längere Zeit nicht gut läuft, werden wir relativ schnell wieder über Steuererhöhungen diskutieren müssen. Dann sind wir genau bei jenem Hüst und Hott in der Finanzpolitik, wovor die SP zu Recht warnt. Ich bitte Sie aus diesem Grund, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Eine Rückweisung ist nicht nötig, sie verunsichert nur und wird vor allem zunächst einmal Kosten verursachen.

Valentin Lagger (CVP): Erstens zur Bemerkung von Gemeindepräsident Luc Mentha, dass er mir und in der GPK die Sachlage in Bezug auf die Lohnkosten erklärt habe. Das hat er getan. Es bedeutet aber nicht, dass – weil diese Sachlage bereits dreimal erklärt worden ist – Ignaz Caminada oder ich nicht etwas anderes denken dürfen. Der Ablauf in der GPK, wie er im Reglement festgehalten ist, ist demokratisch legitimiert. Dass dieser dem Gemeinderat und insbesondere dem Gemeindepräsidenten nicht gefällt, hat er anlässlich der Debatte bereits bekanntgegeben. Ich muss Christoph Salzmann insofern Recht geben, dass ein Budget ein extrem komplexes Werk ist. Wir sind nicht in der Lage, hier abschliessend zu beurteilen, was wir heute tun. Deshalb muss ich nochmals dringend aufrufen, dem Antrag der GPK auf Rückweisung des Voranschlags 2009 verbunden mit dem Auftrag ein ausgeglichenes Budget 2009 vorzulegen mit einer Senkung des Steuerfusses um mindestens 0,5 Steuerzehntel, zuzustimmen. Wir wollen hier nichts übers Knie brechen.

Parlamentspräsident Martin Graber: Ich wiederhole den Rückweisungsantrag der GPK: Der Voranschlag 2009 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, einen ausgeglichenen Voranschlag mit einer Steuersenkung von mindestens 0,5 Steuerzehnteln vorzulegen.

Beschluss

Der Rückweisungsantrag der GPK wird abgelehnt.
(abgegebene Stimmen: 13 dafür, 25 dagegen)

Detailberatung

Parlamentspräsident Martin Graber: Die Abstimmungen über die Anträge zu Budgetpositionen erfolgen direkt. Zu den Anträgen über Veränderungen des Steuerfusses wird nach der Abgabe der aktualisierten Zahlen abgestimmt.

Artengliederung Laufende Rechnung, Seite 100

Mark Stucki (FDP): Dass wir nicht mehr einsame Rufer in der Wüste sind, freut mich einerseits. Andererseits habe ich tatsächlich ein Problem damit, wie wir mit einer möglichen Steuersenkung umgehen. Der richtige Weg wäre aus unserer Sicht die Rückweisung gewesen, weil wir tatsächlich der Ansicht sind, dass operationelle Entscheide Sache des Gemeinderates sind und das Parlament die Aufgabe hat, strategische Vorgaben zu geben. Das ist offensichtlich nicht möglich. Wir sind aber der Meinung, dass wir dem Gemeinderat für das "Stochern im Nebel" einen Stab geben sollten, damit er sich orientieren kann, wie er mit einer allfälligen Steuersenkung umgehen und die Gefahr einer defizitären Rechnung vermeiden kann.

Unser erster Antrag verlangt, dass der Personalaufwand – Konto 30 – um 1 Million Franken gesenkt werden soll. Der Antrag ist bewusst generell formuliert. Der Gemeinderat soll entscheiden wie er operationell zu diesem Ziel gelangt. Wir sind hier derselben Meinung wie die SVP, dass diese Einsparungen beim aufgelaufenen Teuerungsausgleich, bei den Beförderungen, aber auch bei der Bewirtschaftung von Stellenbesetzungen erzielt werden können.

Der zweite Antrag: Im Konto 31 "Sachaufwand" hat eine Reduktion um 80'000 Franken zu erfolgen. Das sind ungefähr 0,3 Prozent des Sachaufwands. Das ermöglicht gegenüber dem laufenden Jahr nach wie vor eine geringe Steigerung des Sachaufwands zum Auffangen der Teuerung.

Der dritte Antrag: Im Konto 36 "eigene Beiträge", hat eine Reduktion um 200'000 Franken zu erfolgen. Auch diese Reduktion liegt bei ungefähr 0,3 Prozent. In der blauen Beilage (Budgetvariante mit Steuersenkung) sind viele Ideen vorhanden, wo diese Mittel eingespart werden könnten, ohne dass damit irgendwelche Leistungen für die Gesamtheit der Bevölkerung in Gefahr wären. Aber auch hier: Wo die Einsparungen im Detail erfolgen sollen, liegt in der Kompetenz des Gemeinderates.

Wir hoffen, dass Sie diese drei Anträge unterstützen. Andernfalls würde eine Steuersenkung – nach wie vor unser erklärtes Ziel – ein problematisches Manöver, weil wir bewusst im Budget ein Defizit in Kauf nehmen und nach dem Prinzip Hoffnung leben. Zumindest für einen Teil des drohenden Defizits sollen dem Gemeinderat klare Vorgaben gegeben werden, damit dieses heute und hier aufgefangen werden kann.

Christian Roth (SP): Sie können sich vorstellen, dass die SP-Fraktion den eben gestellten Anträgen nicht zustimmen wird. Wir werden dazu noch detailliert Stellung nehmen können.

Ich stelle folgenden Antrag: Der Beitrag im Konto 324.365 (Eigene Beiträge/Private Institutionen) ist um 140'000 Franken zu erhöhen.

Damit ist es dem Gemeinderat möglich, per 1. Juli 2009 zusätzlich 12 Kita-Plätze zu schaffen, inklusive der notwendigen Investitionskosten. Per Mitte Jahr deshalb, weil uns klar ist, dass dafür eine gewisse Anlaufphase notwendig ist. Ich gebe Ihnen einige Stichworte zur Begründung: Kindertagesstätten dienen der Förderung und der Chancengleichheit von Kindern. Sie lernen in Gruppen soziales Verhalten. Der Lebensraum Familie wird ergänzt mit neuen Anregungen, Erfahrungen und Beziehungen. Kindertagesstätten ermöglichen fremdsprachigen Kindern vor dem Schuleintritt das Erlernen der deutschen Sprache. Damit haben sie frühzeitig einen Bezug zur schweizerischen Kultur und Sprache, was entscheidend für späteren Schulerfolg sein kann. Kindertagesstätten sind klar unabdingbar, wenn es darum geht, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Kindertagesstätten sind ein wichtiger Faktor, um unsere Gemeinde attraktiv zu machen und damit ein wesentliches Standortvorteil. Sie tragen dazu bei, die Gemeinde Köniz als familienfreundliche, offene und fortschrittliche Gemeinde zu positionieren. Die Gemeinde Köniz hat an der Wohnraummesse in Bern als Aussteller teilgenommen. Nebst einem give-away sind Flyers über das Kinderbetreuungsangebot der Gemeinde Köniz verteilt worden. Dazu müssen die entsprechenden Finanzen in die Hand genommen werden. Kitas lohnen sich auch finanziell. Eine Studie des VRB belegt, dass unter dem Strich für Gemeinden mehr herauschaut als investiert wird, wenn genügend Kitas vorhanden sind.

Ich bitte Sie aus den genannten Gründen, dem Antrag zuzustimmen.

Christian Burren (parteilos): Wir haben den Kopf nicht verloren. Eine Steuersenkung auf dem Buckel des Gemeindepersonals wollen wir auch nicht. Wir sind aber klar der Meinung, dass die Aufholung des Rückstandes auf den Teuerungsausgleich aus den Neunzigerjahren nicht angebracht ist.

Deshalb stellen wir den Antrag im Konto 105.302 (Gemeinderat, Löhne der Lehrkräfte) 328'000 Franken zu streichen. Dieser Betrag entspricht den 0,4 Prozent für die Aufholung Teuerungsausgleich.

Parlamentspräsident Martin Graber: Ich schlage vor, dass zuerst über die Anträge von Mark Stucki zu Konto 130 und von Christian Burren zu Konto 105.302 diskutiert und danach darüber abgestimmt wird.

Rita Sidler Omoregbee (SP): Teuerungsausgleich und Lohn sind Bestandteile für einen fitten und attraktiven Arbeitgeber. Der Bund hat 2008 einen Teuerungsausgleich von 4 Prozent entrichtet und sieht für 2009 den vollen Teuerungsausgleich sowie eine Realloohnerhöhung von 1 Prozent vor. Dies ganz klar, um mit der Privatwirtschaft mithalten zu können. Die Personalverbände des Kantons Bern fordern 4,5 Prozent Lohnerhöhung für das Jahr 2009, je 1,5 Prozent für den Teuerungsausgleich, für den Stufenanstieg und für Realloohnerhöhungen. Mit der Streichung von Mitteln im Lohnbereich liegt die Gemeinde Köniz nicht im Trend, auch nicht bei der Konkurrenz. Die Unia fordert den Teuerungsausgleich und Realloohnerhöhungen für alle, das sei ein Gebot der Vernunft. Die mässige Lohnerhöhung im letzten Jahr, nach Jahren von Verzicht und Lohnstagnation, sind bereits von der steigenden Inflation weggefressen worden. Die Kaufkraft mit höheren Löhnen zu stärken, fordert der Schweizerische Gewerkschaftsbund. Mit einer

Kaufkraftsteigerung lässt sich die Rezession abschwächen. Deshalb: "Mit der Finanzkrise paart, wer bei den Löhnen spart."

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Die FDP macht den Vorschlag, 1 Million Franken auf dem Buckel des Gemeindepersonals zu sparen, was, soweit ich dies abschätzen kann, eine Realeinbusse ergeben wird. Ich wäre froh, wenn Gemeindepräsident Luc Mentha dazu noch Stellung nimmt. Das finde ich dem Personal gegenüber sehr unfair, weil es seinerzeit mit dem Verzicht auf den vollen Teuerungsausgleich in Millionenhöhe dazu beigetragen hat, den Bilanzfehlbetrag abzubauen. Ich weise darauf hin, dass unser Vorschlag einer Steuersenkung mit Augenmass genau die Differenz von 1,2 Millionen Franken, die nun quasi freihändig im Voranschlag 2009 eingespart werden sollen, ergibt. Wir bitten Sie, unserem Antrag für einen Steuerfuss von 1,51 zuzustimmen, damit nicht auf dem Buckel des Gemeindepersonals gespart werden muss.

Christoph Salzmänn (SP): Ich störe mich an der Aussage, die nun von rechter Seite oft vorgebracht worden ist, dass es sich beim aufgelaufenen Teuerungsrückstand um eine Angelegenheit aus der Mitte der Neunzigerjahre handle. Das suggeriert, dieser Teuerungsrückstand sei aus "alten Zeiten". Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass ein wesentlicher Teil des Teuerungsrückstandes auf die letzten paar Jahre zurückzuführen ist, als der Bilanzfehlbetrag aufblies. Wenn wir wollen, dass uns das Gemeindepersonal infolge schlechter Arbeitsbedingungen oder Reallohneinbussen davonläuft, und wenn wir wollen, dass Vakanzen gerade in Kaderpositionen nicht besetzt werden können, stimmen wir dem Antrag für die Einsparung von 1 Million Franken zu. Mir scheint es gar vermessen, wenn erklärt wird, das Gewähren von Teuerungsausgleichen oder von Teuerungsrückständen sei nicht sozial. Wenn Sie die Lohnschere zwischen weniger gut und sehr gut Verdienenden in der Gemeinde reduzieren wollen, muss dies über eine Änderung im Lohnreglement vorgenommen werden und nicht über den Teuerungsausgleich.

Valentin Lagger (CVP): Ich halte mich an das an der GPK-Sitzung Besprochene und äussere mich hier lediglich als GPK-Referent. Meiner Meinung gebe ich dann jeweils bei den Abstimmungen Ausdruck. Ich merke an, dass wir uns genau in jener Diskussion befinden, die ich verhindern wollte. Wir diskutieren nun über Details. So stellt z. B. die SVP den Antrag, im Konto 105.302 Mittel einzusparen. Dieses Konto ist aber mit "Löhne der Lehrkräfte" betitelt und in meinen Augen das falsche. Wir sind nicht in der Lage, das zu tun, was wir gerade am tun sind.

Ueli Salvisberg (parteilos): Die Unsicherheit ist gross und deshalb beantrage ich einen Sitzungsunterbruch von minimal 10 Minuten.

Dem Antrag auf Sitzungsunterbruch für 10 Minuten wird mehrheitlich zugestimmt.

Parlamentspräsident Martin Graber: Wir diskutieren den Antrag der FDP um eine Reduktion der Personalausgaben von 1 Million Franken und den Antrag der SVP um eine Reduktion von 328'000 Franken im Konto 105.302.

Rolf Zwahlen (EVP): Wir von der EVP haben bereits kundgetan, dass wir mit dem Posten Lohnerhöhung nicht besonders zufrieden sind. Wir sind aber der Meinung, dass wir letztes Jahr ein ausserordentlich – wenn vielleicht auch etwas glückliches – gutes Rechnungsergebnis zeitigen konnten und davon darf das Personal durchaus auch etwas haben. Ich halte aber fest, dass sich das Gemeindepersonal und auch der Gemeinderat bewusst sein sollen, dass es sich um eine Lohnerhöhung weit über dem handelt, was dieses Jahr in der Privatindustrie üblich sein wird. Die Privatunternehmen rechnen normalerweise den generellen Teuerungsausgleich plus individuelle Belohnungen und Beförderungen als ein Gesamtpaket, das in etwa dem Teuerungsausgleich entspricht. Das Gemeindepersonal muss sich bewusst sein, dass das Vorliegende nicht der Regelfall sein kann. Ich komme auf den Ausgleich des Rückstandes auf den Teuerungsausgleich zu sprechen: Hier verbleiben – sofern wir dem Voranschlag 2009 zustimmen – noch 0,4 Prozent Teuerungsrückstand aufzuholen. Ich mache beliebt, diese 0,4 Prozent nächstes Jahr nicht in den Voranschlag 2010 aufzunehmen, sondern für die Überarbeitung des Personalreglements aufsparen. Wir brauchen dort noch einen gewissen Handlungsspielraum, damit bei der Überarbeitung kostenauslösende Änderungen realisiert werden können. Wir müssen eine Manövriermasse zurückhalten und die Überarbeitung des Personalreglements unbedingt zügig an die Hand nehmen.

Christian Roth (SP): Ich bin etwas erstaunt über die Zahlen, die von Rolf Zwahlen angebracht werden. Ich habe nicht das Gefühl, dass die Gemeinde Köniz mit dem Teuerungsausgleich von 2,9 Prozent über dem Durchschnitt liegt, der in der Privatwirtschaft ausbezahlt wird. Zudem stehen wir vor allem im Wettbewerb mit anderen Gemeinwesen als Arbeitgebende. Ich bin sehr erstaunt über den Antrag der FDP, 1 Million Franken im Personalaufwand einzusparen. Wollen Sie dem Personal keinen Teuerungsausgleich bewilligen? Oder wollen Sie die Pensionskasse nicht äufnen? Damit haben die Gemeindeangestellten später tiefere Renten. Oder geht es Ihnen darum, jene Stellen nicht zu bewilligen, die in meinen Augen sinnvoll geschaffen worden sind? Auf dem Gemeindepersonal lastet zurzeit ein hoher Druck. Ich mache beliebt, dass nicht mehr von einem Teuerungsnachholbedarf gesprochen wird. Es geht darum, die Kaufkraft zu bewahren und darum, die Gemeinde Köniz als attraktive Arbeitgeberin in Bezug auf den Lohn zu erhalten. Das beginnt im Kleinen und hört nicht damit auf, 1 Million Franken einzusparen und der Meinung zu sein, das Gemeindepersonal realisiere dies nicht.

Rolf Zwahlen (EVP): Genau diese 2,9 Prozent Teuerungsausgleich zweifle ich an. Wir sprechen, wenn die 0,4 Prozent Nachholbedarf auf den Teuerungsausgleich abgezogen werden, von einer Lohnsummenerhöhung von 3,6 Prozent. Diese in meinen Augen hohe Prozentzahl muss mit der Privatwirtschaft verglichen werden.

Mark Stucki (FDP): Ich stelle fest, dass wir einander nicht zuhören. Ich habe vorhin explizit erwähnt, dass es bei unserem Kürzungsantrag nicht darum geht, dem Gemeinderat konkrete Vorgaben zu geben, sondern wir wollen ihm Freiheit lassen. Wer die blaue Beilage liest, dem ist klar, dass mit dem Antrag, den immerhin der Gemeinderat ins Spiel gebracht hat, 90 Prozent der beantragten Kürzung von 1 Million Franken abgedeckt werden könnten, so man dies will. Betrachtet man die Steigerung des Personalaufwands von Jahr zu Jahr, ist ersichtlich, dass dem Gemeindepersonal die Jahreststeuerung nicht vorenthalten wird.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Der Antrag, den Personalaufwand um 1 Million Franken zu kürzen, geht in meinen Augen eindeutig zu weit. Er geht weit über die Streichung von 0,4 Prozent unter dem Titel "Aufholung des Teuerungsrückstands" hinaus. Wir können unseren Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern keine Belohnung in Form von Beförderungen geben. Wir können damit nicht einmal den ordentlichen Teuerungsausgleich vollumfänglich gewährleisten. Das sind Holzhackermethoden, so geht es nicht. Dies als Freiheit für den Gemeinderat zu bezeichnen, ist in meinen Augen falsch. Ich möchte Sie auffordern, dem Gemeindepersonal gegenüber fair zu bleiben. Es gibt nicht nur Versprechungen in Bezug auf den Steuerfuss, sondern auch Versprechungen dem Personal gegenüber. Dem Personal ist in den Neunzigerjahren versprochen worden, dass der Teuerungsrückstand aufgeholt wird, sobald es die Finanzen zulassen. Der Gemeinderat will auch dieses Versprechen hochhalten. Es ist in meinen Augen nicht sehr feinfühlig, wenn die verschiedenen Versprechen unterschiedlich gewichtet werden. Das Gemeindepersonal ist unsere wichtigste Ressource. Der Gemeinderat sagt dies nicht nur, sondern handelt auch so. Er hat festgestellt, dass das Gemeindepersonal in den vergangenen Jahren mit dem Verzicht auf den Teuerungsausgleich sehr viel zur Gesundung der Könizer Finanzen beigetragen hat. Nun, da es uns wieder gut geht, soll das Gemeindepersonal nicht vergessen gehen. Wir versuchen, die Gemeinde Köniz als attraktive Arbeitgeberin zu positionieren. Gut qualifizierte Leute sollen Lust auf die Arbeit bei der Gemeindeverwaltung erhalten und das gute Personal soll bei der Gemeindeverwaltung bleiben wollen. Wir sind an der Erarbeitung einer neuen Personalstrategie, die dies fördert. Wir werden das Personalrecht neu gestalten. Wenn ich – was mich sehr betrübt hat – der Presse entnehmen muss, dass vom Gemeindepersonal ein Obolus verlangt wird, damit die Steuersenkung finanziert werden kann, frage ich mich, ob wir hier alle am gleichen Strick ziehen. Solche Schlagzeilen in einer Zeit, wo sehr viele Stellen neu besetzt werden müssen, sind nicht gerade Image fördernd. Diese Schlagzeilen geben dem Personal Anzeichen, dass in der Gemeindeverwaltung ein rauer Wind weht und das finde ich schlecht.

Ich bitte Sie, die beiden Anträge zurückzuweisen und weise darauf hin, dass wir uns in einem Markt – im Arbeitsmarkt – befinden, dem wir uns stellen müssen. Das machen andere auch. Das Eidgenössische Finanzdepartement unter der Leitung von Bundesrat Merz (FDP) hat für das Jahr 2008 4 Prozent Teuerungsausgleich beschlossen, für 2009 wird der volle Teuerungsausgleich ausbezahlt und geplant ist zusätzlich noch eine Leistungskomponente im Kaderbereich von 5 Prozent. Die Bundesangestellten im Könizer Parlament können sich über diese

Lohnentwicklung freuen. Der Kanton sieht ebenfalls Handlungsbedarf. Er hat sogar eine rückwirkende Teuerung beschlossen. Um ein privatwirtschaftliches Unternehmen zu nennen: Die BKW bezahlt seit Jahren stets den vollen Teuerungsausgleich. Für 2009 ist ein solcher von 2,8 Prozent geplant. Auch dies gönne ich allen hier im Saal anwesenden Angestellten der BKW sehr. Ich bitte Sie, die Anträge im Interesse unseres Personals zurückzuweisen.

Parlamentspräsident Martin Graber: Ich stelle den Ordnungsantrag auf Schluss der Debatte zu den beiden Anträgen.

Der Ordnungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

Valentin Lager (CVP): Von den beiden Anträgen kann man halten, was man will. Wenn aber Unwahrheiten erzählt werden, müssen diese korrigiert werden. Das Bundespersonal hat Mitte 2008 4 Prozent Teuerungsausgleich erhalten. Das ist bewusst Mitte Jahr vorgenommen worden und hat nichts mit einer allfälligen Teuerung des letzten Jahres zu tun, sondern ist die Teuerung, die der Bundesrat im Zusammenhang mit dem Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat der Pensionskasse aufgespart hat. Ich möchte mich dagegen verwahren, dass hier der Eindruck vermittelt wird, das Bundespersonal sei über Gebühr belohnt worden.

Beschluss

Der Antrag der FDP, den Personalaufwand in Konto 30 um 1 Million Franken zu reduzieren, wird abgelehnt.

(abgegebene Stimmen: 12 dafür, 20 dagegen)

Beschluss

Der Antrag der SVP, das Konto 105.302 um 328'000 Franken zu kürzen, wird abgelehnt.

(abgegebene Stimmen: 18 dafür, 20 dagegen)

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Die Anträge der FDP und der SVP sind zulässig, weil die Personalkosten zentral gesteuert werden. In vergangenen Budgetprozessen sind solche Anträge zum Teil gutgeheissen worden. Das Konto 105.302 hat einen falschen Namen, Valentin Lager. Hier muss das HRM-System übersteuert werden.

Beim Antrag, im Konto 30 "Sachaufwand" 80'000 Franken einzusparen, zeigt sich die Sachlage jedoch anders. Konto 30 beinhaltet insgesamt 300 Detailkontos, die in den einzelnen Abteilungen aufgebaut und verwaltet werden. Aus diesem Grund muss ein detaillierter Antrag gestellt werden, welcher Sachaufwand von welcher Abteilung genau gekürzt werden soll. Ansonsten kann kein korrekter Budgetentscheid gefällt werden.

Grundsätzlich möchte ich festhalten, dass die Budgetberatungen kein Zuckerschlecken gewesen sind. Der Gemeinderat hat mehrere intensivste Diskussionsrunden durchgeführt, um zu den Ihnen vorliegenden Zahlen zu gelangen.

Gegen den Antrag, im Sachaufwand Konto 30, eine lineare Kürzung von 80'000 Franken vorzunehmen, muss ich formelle Einwände anbringen. Aber auch in der Sache bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Mark Stucki (FDP): Ich ziehe sowohl den Antrag zum Konto 31 wie auch den Antrag zum Konto 36 zurück. Offensichtlich besteht weder hier im Parlament noch im Gemeinderat die Bereitschaft, ein Budget vorliegen zu haben, das diesen Namen auch verdient. Insofern hat es auch keinen Sinn, dass wir versuchen, dem Gemeinderat konkrete Vorgaben zu geben. Die Konsequenzen liegen zu Tage: Wir werden am Schluss entscheiden müssen, ob wir in eine Defizitwirtschaft hineinlaufen wollen oder nicht.

Beschluss

Der Antrag von Christian Roth (SP), das Konto 324.365.86 um 140'000 Franken aufzustocken, wird abgelehnt.

(abgegebene Stimmen: 11 dafür, 22 dagegen)

Christian Burren (parteilos): Wir beantragen dem Parlament, den Steuerfuss von 1,54 um 0,5 Steuerzehntel auf 1,49 zu senken.

Mark Stucki (FDP): Wir stellen denselben Antrag wie Christian Burren.

Parlamentspräsident Martin Graber: Ich bitte wie angekündigt den Finanzverwalter Thomas Pfyl dem Parlament die notwendigen Unterlagen für den Abstimmungsentscheid zur Verfügung zu stellen.

*Folgende Aufstellung wird an alle Parlamentsmitglieder verteilt:
Gegenüberstellung bei unterschiedlicher Steueranlage*

Steueranlage	1,54	1,51	1,49	1,45
Total Ertrag gemäss Vorlage	197'559'981	197'559'981	197'559'981	197'559'981
Total Aufwand gemäss Vorlage	196'907'738	196'907'738	196'907'738	196'907'738
Ertragsüberschuss	652'243	652'243	652'243	652'243
184.400 Einkommens- und Vermögenssteuern		-1'500'000	-2'500'000	-4'490'000
184.401 Gewinn- und Kapitalsteuern		-320'000	-510'000	-930'000
186.403 Sonderveranlagungen		-70'000	-110'000	-210'000
Total Korrekturen	0	-1'890'000	-3'120'000	-5'630.000
Total Ertrag (neu)	197'559'981	195'669'981	194'439'981	191'929'981
Total Aufwand (neu)	196'907'738	196'907'738	196'907'738	196'907'738
Ertrags- (+) / Aufwandüberschuss (-)	652'243	-1'237'757	-2'467'757	-4'977'757

Parlamentspräsident Martin Graber: Ich halte den weiteren Verlauf der Debatte fest: Nun besteht die Möglichkeit, zu den Anträgen die Steuerfussreduktion betreffend, Stellung zu nehmen. Anschliessend werden wir gemäss Art. 74 ausmitteln, welcher der beiden vorliegenden Anträge – der Antrag der Grünen für einen Steuerfuss von 1,51 oder der Antrag der FDP und SVP für einen Steuerfuss von 1,49 – in die Schlussabstimmung gelangen und dem Antrag des Gemeinderates gegenübergestellt wird.

Christoph Salzmann (SP): Anlässlich der Eintretensdebatte haben wir uns stark dafür gemacht, für den Voranschlag 2009 gemäss dem Antrag des Gemeinderates zu stimmen. Insofern ist es für uns logisch, einer Änderung des Steuerfusses nicht zuzustimmen. Ersichtlich wird, dass damit ein Defizit eingefahren wird, ausser wenn – nach dem Prinzip Hoffnung – doch mehr Steuererträge resultieren und etwas weniger Aufwand anfällt. Wir werden uns gegen alle Steuersenkungsvorschläge wehren. Sollte der Senkung des Steuerfusses doch zugestimmt werden, würden wir dem Steuerfuss 1,51 den Vorzug geben.

Valentin Lager (CVP): Auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen, muss ich sagen, dass ich ein extrem schlechtes Gefühl bei dem habe, was wir hier tun. In den 13 Jahren, während denen ich Parlamentsmitglied bin, haben wir noch nie so etwas gemacht. Im Geschäftsreglement des Parlaments ist in Art. 31 Abs. 2 festgehalten, dass die Akten – unter Vorbehalt dringender Fälle – mit der Traktandenliste, d. h. gemäss Art. 2 Abs. 2, 10 Tage vor der Parlamentssitzung vorliegen müssen. Ich muss aus der Sicht als GPK-Zuständiger für die Direktion DPF laut protestieren, wenn ich sehe, was wir hier tun, denn es besteht kein Vorbehalt eines dringenden Falls. Ich habe mich stunden- ja tagelang als GPK-Referent auf diese Sitzung vorbereitet. Wenn ich nun sehe, dass wir hier eine durchaus richtige und gute Beilage erhalten, aber innerhalb von drei Minuten dazu Stellung nehmen müssen, ist das in meinen Augen – so leid mir dieses Wort tut – ein Skandal.

Parlamentspräsident Martin Graber: Als Parlamentspräsident muss ich Valentin Lager sagen, dass die Akten rechtzeitig versandt worden sind. Die nun vorliegenden Unterlagen sind nicht vorher abgegeben worden, weil von vornherein klar war, dass Anträge für die Reduktion des Steuerfusses und für Kürzungen im Voranschlag 2009 gestellt werden. Ich habe bewusst gesagt, dass zuerst der Voranschlag gemäss dem Antrag Gemeinderat diskutiert wird und wenn Änderungsanträge gestellt werden, erhalten Sie die aktualisierten Zahlen für die Entscheidungsfindung.

Hugo Staub (SP): Der Interpretation des rechtzeitigen Aktenversandes kann ich nichts abgewinnen. Wenn so vorgegangen werden soll, wie eben von Valentin Lager erklärt, könnten anlässlich von Parlamentssitzungen keine Änderungsanträge mehr gestellt werden. Dass die Inputsteuerung, die anlässlich der Budgetberatungen vorgenommen wird, schwierig ist, ist er-

kannt. Dass die Outputsteuerung mehr bringen würde ist auch klar. Ich greife zu einem Zitat eines sehr engagierten Könizer Politikers: "Die Idee ist bestechend und simpel. Höhere Transparenz bringt besser informierte Parlamentsmitglieder, die somit bessere Entscheide treffen können. In diesem Sinne treten wir heute wahrscheinlich in eine neue politische Ära ein. Es liegt nun an uns, die neuen Instrumente auf intelligente Art und Weise zu nutzen." Valentin Lager, 27. August 2007.

Ignaz Caminada (CVP): Vom System Hoffnung zu sprechen, funktioniert nicht. Dies aus dem einfachen Grund, dass die GPK einen Rückweisungsantrag mit der Forderung eines Steuerfusses von mindestens 1,49 und einem dementsprechend ausgeglichenen Voranschlag 2009 gestellt hat. Wenn wir nun einem reduzierten Steuerfuss zustimmen, geben wir dem Gemeinderat die Erlaubnis, Ausgaben in der Höhe von 196'907'738.00 Franken zu tätigen. Gibt er genau so viel aus, macht er eine 100-Prozent-Punktlandung und niemand kann 2010 sagen, der Gemeinderat habe überbortet.

Peter Antenen (FDP): Seit 11 Jahren bin ich Parlamentsmitglied. Was wir heute erleben, scheint mir etwas absurd. Mit all den Strategien, die von den einzelnen Fraktionen getroffen worden sind, haben wir uns als Parlament ins Abseits manövriert. Wäre zu Beginn der Debatte dem Rückweisungsantrag der GPK zugestimmt worden, könnte ein neuer Voranschlag 2009 ausgearbeitet werden. Ein budgetloser Zustand anfangs des nächsten Jahres wäre in meinen Augen nicht so schlimm. Was wir hier aber tun, ist nicht mehr seriös.

Thomas Herren (FDP): Wir haben nun durch den Finanzverwalter Thomas Pfyl eine Übersicht erhalten, die aufzeigt mit welcher Variante wir welches Defizit erhalten, wenn der Aufwand gleich hoch bleibt wie im Voranschlag dargestellt. In meinen Augen es ist für die politische Meinungsbildung aber sehr wichtig, ob diese Unterlagen mit dem Aktenversand versandt worden sind oder ob wir hier innert kürzester Zeit über eben erhaltene Unterlagen entscheiden müssen. Die Bedenken von Valentin Lager sind absolut berechtigt. Was wir hier tun, ist schlicht unseriös.

Deshalb stelle ich im Namen der FDP/jfk-Fraktion nochmals den Rückweisungsantrag für den Voranschlag 2009 verbunden mit dem Auftrag an den Gemeinderat, ein ausgeglichenes Budget 2009 mit einem Steuerfuss von höchstens 1,49 zu präsentieren.

Christian Roth (SP): Dass das Parlament innerhalb von kurzer Zeit über eben erhaltene Unterlagen zum Voranschlag 2009 entscheiden muss, ist vorhin von Valentin Lager als Skandal bezeichnet worden. Ich als doch relativ junges Parlamentsmitglied betrachte es eher als Skandal, wenn wir mit dem erneuten Rückweisungsantrag riskieren müssen, ohne gültiges Budget ins neue Jahr zu gehen. Das bedeutet, dass die Gemeinde Köniz nur zwingende Ausgaben tätigen können wird. Es ist unrealistisch zu verlangen, dass Einsparungen von mehreren Millionen Franken bis zur Dezember-Parlamentssitzung vorliegen. Ich bitte Sie vehement, den erneuten Rückweisungsantrag zurückzuweisen.

Valentin Lager (CVP): Ohne gültigen Voranschlag ins neue Jahr zu gehen, ist tatsächlich unschön. Wir haben heute aber in einem atemberaubenden Tempo neues Zahlenmaterial vorgelegt erhalten. Es ist demzufolge in meinen Augen möglich, innert vier Wochen einen neuen Voranschlag 2009 zu erstellen.

Urs Maibach (Grüne): Ich bin sehr erstaunt über alle Vorgaben für die Senkung des Steuerfusses. Wir Grünen sind an und für sich für eine Senkung des Steuerfusses, und wir haben die dazu notwendigen Berechnungen vor der Debatte vorgenommen. Unsere Berechnungen lagen nur rund 15'000 Franken daneben. Wenn vor der Parlamentssitzung wochenlang über eine Senkung des Steuerfusses gesprochen und dann hier erklärt wird, man könne nicht so schnell über die nun vorliegenden Unterlagen entscheiden, erstaunt mich dies sehr. Die beste Lösung ist in den Augen der Grünen eine Senkung des Steuerfusses auf 1.51, weil damit das kleinste Defizit generiert wird.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): In aller Sachlichkeit gebe ich bekannt, welche Folgen eine Rückweisung haben wird. Tatsächlich können gemäss Art. 70 der Gemeindeordnung nur noch unumgängliche Verpflichtungen eingegangen werden. Das heisst, dass neue Projekte

nicht angepackt werden können. Die Mitarbeitenden und die Rentenbezüger erhalten keinen Teuerungsausgleich. Es können keine Schullager stattfinden. Das Kibuk (Kinderbuchfestival) kann nicht vorbereitet werden. Alle neuen Projekte im Investitionsbudget sind sistiert. Neuschaffungen können nicht getätigt werden. Der neu geplante bauliche Unterhalt kann nicht an die Hand genommen werden. Insbesondere werden externe Zusatzkosten in der Höhe von mehreren zehntausend Franken vor allem im Bereich Personal/Finanzen entstehen, weil alle Berechnungen für den Teuerungsausgleich, für die Pensionskasse und für die Beförderungen erneut vorgenommen werden müssen. Ich bitte Sie, sich den Entscheid für eine allfällige Rückweisung gut zu überlegen.

In der Sache selber halte ich Folgendes fest: Ich bin froh und danke der FDP, dass wir nun nicht mehr über einen Steuerfuss von 1,45 sprechen, was eine Hochrisikostrategie bedeutet hätte. Davor haben wir mit Nachdruck gewarnt. Eine Senkung des Steuerfusses auf 1,49 oder auf 1,51 ist viel vernünftiger. Der Gemeinderat wird alles daran setzen, durch geeignete Massnahmen bis Ende 2009 eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Das ist im Übrigen immer unser Bestreben. Ignaz Caminada hat vorhin erklärt, dass der Gesamtaufwand gemäss dem vorliegenden Voranschlag bestehen bleiben soll. Dieser Gesamtaufwand ist noch nie voll ausgenützt worden, denn der Gemeinderat hat sich immer gemäss Art. 73 des Gemeindegesetzes verpflichtet gefühlt, einen Jahresabschluss möglichst gut und möglichst ausgeglichen zu gestalten. Wir werden den Rechnungsausgleich im Auge halten und überall dort wo es möglich und nötig ist, Massnahmen dafür ergreifen. Eine Ausnahme möchte ich machen. Das Investitionsvolumen, das von 9 auf 12 Millionen Franken erhöht worden ist, soll nicht zurückgefahren werden. Wir haben zu viele Signale auch von Ihrer Seite, dass der Werterhalt der gemeindeeigenen Infrastruktur nicht vernachlässigt werden soll. Wir haben auch den Eindruck, dass es der drohenden Wirtschaftskrise wegen wichtig ist, dass die öffentliche Hand ein antizyklisches Verhalten zeigt.

Ich bitte Sie, den erneuten Rückweisungsantrag abzulehnen.

Anna Mäder (SP): Wir befinden uns ein Jahr vor den Wahlen und das ist bereits merkbar. Ich kann verstehen, dass sich jede Partei profilieren will. Man muss sich jedoch fragen, um welchen Preis. Wir debattieren nun über eine erneute Rückweisung des notabene ausgezeichneten Voranschlags 2009. Wir machen dies angeblich, um dem Steuerzahler einen Gefallen zu tun. Machen wird das wirklich? Sind wir uns bewusst, welche Konsequenzen eine Rückweisung wirklich hat? Mit den beantragten Senkungen des Steuerfusses müssten 1 oder mehrere Millionen Franken eingespart werden. Diese Einsparungen können nicht mittels eines Handstreichs auf die Schnelle getätigt werden. Wir müssen davon ausgehen, dass wir nicht vor 2009 über ein neues Budget debattieren können. Das bedeutet, dass mit der Annahme des Rückweisungsantrags die Gemeinde Köniz bis ins Frühjahr 2009 über kein Budget verfügen wird. Das hat, wie wir vorhin vom Gemeindepräsidenten gehört haben, handfeste Konsequenzen. Wollen wir das wirklich? Wollen wir wirklich, dass Schulen keine Skilager durchführen können? Wollen wir wirklich, dass das Gemeindepersonal, aber auch die Rentner, keinen Teuerungsausgleich ausbezahlt erhalten? Wollen wir wirklich, dass keine neuen Stellen ausgeschrieben werden dürfen? Ich spreche von bewilligten und noch nicht besetzten Stellen. Wollen wir wirklich, dass bereits bewilligte Massnahmen beim baulichen Unterhalt von Schulanlagen, an Strassen usw. nicht ausgeführt werden können? Wollen wir wirklich, dass beschlossene, aber noch nicht begonnene wichtige Investitionsprojekte nicht angegangen werden können? Wollen wir wirklich, dass die ganze Verwaltung mit unserer Rückweisung beschäftigt wird? Glauben wir im Ernst, dass die Stimmbevölkerung das goutieren wird? Dass dies alles in Kauf genommen wird, um – je nach Haushaltsbudget – 100 oder 200 Franken mehr pro Jahr zur Verfügung zu haben? Die Steuerbelastung der Gemeinde beträgt etwa ein Drittel der Gesamtsteuerbelastung. Eine Senkung der Gemeindesteuern hat keine so grossen Auswirkungen für den einzelnen Haushalt. Eingang meines Votums habe ich erklärt, dass ich Verständnis dafür habe, dass bereits Wahlkampf betrieben wird. Ich habe aber kein Verständnis für solchen Verhältnisblödsinn. Ich appelliere an Ihre Vernunft und bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Christian Burren (parteilos): Hören wir damit auf, den Teufel an die Wand zu malen. Wir sind uns darin einig, dass eine Steuersenkung ansteht. Wir streiten lediglich über den Zeitpunkt, d. h. ob sie 2009 oder 2010 stattfinden soll und über die Höhe. Ich bin der Meinung, dass es nicht richtig ist, eine Rückweisung des Voranschlags zu beantragen. Lassen Sie uns nun über die verschiedenen Anträge betreffend Steuerfuss abstimmen. Wie Gemeindepräsident Luc

Mentha vorhin erklärt hat, wird der Gemeinderat alles daran setzen, eine ausgeglichene Rechnung zu erstellen. Dem Gemeinderat würde es im Wahljahr 2009 nicht gut anstehen, ein grosses Defizit gewärtigen zu müssen. Ich bitte Sie, den erneuten Rückweisungsantrag abzulehnen.

Beschluss

Der Rückweisungsantrag von Thomas Herren wird abgelehnt.
(abgegebene Stimmen: 14 dafür, 23 dagegen)

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Vorhin habe ich mit Erstaunen feststellen müssen, dass doch einige Parlamentsmitglieder festgestellt haben, dass mit einem Defizit von 2,5 Millionen Franken gerechnet werden muss, wenn der Steuerfuss auf 1,49 gesenkt wird. Ich habe nun auch den Gemeindepräsidenten gehört, der erklärt hat, der Gemeinderat tue das Möglichste, damit die Rechnung trotzdem ausgeglichen werden könne. Anna Mäder hat uns vor Augen geführt, was alles von einer allfälligen Rückweisung des Voranschlags 2009 betroffen sein wird. Deshalb bitte ich, unserem Antrag für einen Steuerfuss 1,51 zuzustimmen. Das Defizit würde damit 1.2 Millionen Franken betragen. Wir sind überzeugt, dass damit die Rechnung 2009, ohne einschneidende Massnahmen ergreifen zu müssen, ausgeglichen sein wird.

Parlamentspräsident Martin Graber: Art. 74 des Geschäftsreglement des Parlaments regelt das Abstimmungsverfahren bei mehreren Anträgen. Der Antrag für die Senkung des Steuerfusses auf 1,51 und der Antrag für die Senkung des Steuerfusses auf 1,49 werden einander gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag gelangt in die Schlussabstimmung gegen den Gemeinderatsantrag.

Beschluss

Der Antrag der SVP (Reduktion des Steuerfusses auf 1,49) wird dem Antrag der Grünen (Reduktion des Steuerfusses auf 1,51) vorgezogen.
(abgegebene Stimmen: 21 für Antrag SVP, 5 für Antrag Grüne)

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Die Debatte war sehr spannend und eine der lebhaftesten, wenn auch nicht immer ganz sachlich. Das Fazit aus der Sicht des Gemeinderates: Wenn Sie gestützt auf eine einzige gute Rechnung und viele positive Erwartungen und Prognosen den Steuerfuss im Umfang von 0,5 Steuerzehntel senken wollen, wünsche ich Ihnen und der Gemeinde Köniz viel Glück bei dieser Spekulation. Wir werden den Entscheid akzeptieren, damit leben und uns danach richten müssen. Aber ich halte fest, dass Sie dafür die Verantwortung tragen werden.

Beschluss

Der Antrag des Gemeinderates wird dem Antrag der SVP (Reduktion des Steuerfusses auf 1,49) vorgezogen. Der Voranschlag wird somit gemäss dem Antrag des Gemeinderates genehmigt:

1. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2009, der bei einem

Gesamtertrag von	Fr. 197'559'981.00
Gesamtaufwand von	Fr. 196'907'738.00
einen Ertragsüberschuss von	Fr. 652'243.00

ausweist, wird genehmigt.
2. Im Jahr 2009 sind folgende Steuern zu erheben:
 - Die ordentliche Gemeindesteuer im 1.54-fachen Betrag der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze
 - die Liegenschaftssteuer von 1.2‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft
 - die Hundetaxe von Fr. 100.00 für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund

(abgegebene Stimmen: 19 für den Antrag des Gemeinderates, 19 für den Antrag der SVP, 2 Enthaltungen, Stichentscheid des Präsidenten)

Parlamentspräsident Martin Graber: Ich begründe meinen Stichentscheid gemäss Art. 73 Abs. 2: Ich will kein Vabanque-Spiel in Bezug auf den Voranschlag und stimme deshalb dem Antrag des Gemeinderates zu.

5. 0818 Planungsbeschluss (SP) "Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung – endlich Wartelisten deutlich abbauen!"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Parlamentspräsident Martin Graber: Der Planungsbeschluss wird gemäss Geschäftsreglement als parlamentarischer Vorstoss behandelt.

Christian Roth (SP): Den ersten Planungsbeschluss nach den intensiven Diskussionen um den Voranschlag 2009 begründen zu müssen, ist nicht gerade einfach.

Nehmen wir folgendes Beispiel: In Köniz entschliessen sich Frau und Herr K., eine Familie zu gründen. Sie sind beide erwerbstätig. Herr K. arbeitet 100 Prozent, Frau K. 80 Prozent. Aus wirtschaftlichen Gründen müssen beide weiterarbeiten, auch wenn sie Eltern geworden sind. Vor allem Frau K., so wird es vereinbart, reduziert ihr Arbeitspensum stark. Was machen die beiden zuerst? Der romantische Teil muss noch etwas warten, denn zuerst melden sie ihr ungeborenes Kind an für einen Kita-Platz beim Verein kibe Region Bern, der mittels Leistungsvertrag mit der Gemeinde verbunden ist. Die Warteliste für einen solchen Platz beträgt in der Gemeinde Köniz bekanntlich 15 Monate. Herr und Frau K. wissen das und sind vorausplanende Leute. Sie fragen sich aber, was das für eine Gemeinde ist, die ein junges Paar so lange auf einen Kita-Platz warten lässt.

Ich danke dem Gemeinderat für seine ausführliche Stellungnahme zum Vorstoss in Form eines Planungsbeschlusses. Auch für die Absichtserklärung, die er dem neu gewählten Gemeinderat per 1. Januar 2010 mit auf den Weg geben will; die Aufgabe der Schaffung von zusätzlichen Kita-Plätzen. Ich begrüsse das sehr. Leider handelt es sich aber um eine unverbindliche Absichtserklärung. Ich bedaure sehr, dass der Gemeinderat nicht mehr Mut bewiesen hat und den Planungsbeschluss zur deutlichen Reduktion der Wartelisten bei den Kitas mit formalen und finanziellen Begründungen zur Ablehnung beantragt. Der Gemeinderat bemängelt zum einen das Kriterium der Länge der Wartelisten und erklärt, dieses sei ungenügend. Er weist auf viele Faktoren hin, die die Länge der Wartelisten beeinflussen. Interessanterweise listet er als ersten Punkt gerade mein eingangs erwähntes Beispiel auf: Die Anmeldung eines Kindes vor der Geburt. Teilweise werden Kinder bis zu neun Monaten vor der Geburt für einen Kita-Platz angemeldet. Ich merke hier an, dass dies vor allem aus der Sorge heraus geschieht, sonst nicht rechtzeitig einen Kita-Platz zu erhalten und ohne Betreuungslösung zu sein. Der Gemeinderat ist also der Meinung, dass die Warteliste keine geeignete Messgrösse ist. Gleichzeitig moniert er in seiner Antwort, dass die Schaffung einer fixen Anzahl Plätze zu starr ist und auf künftige Einflussfaktoren wie die Schaffung von zusätzlichen Tagesschulen keine Rücksicht nimmt. Kein flexibles Kriterium mit Wartefristen, aber auch keine fixe aber klare Erhöhung der Anzahl Kita-Plätze? Das tönt für mich wie eine Schutzbehauptung. Es stimmt gerade nicht, dass das Kriterium der Länge der Warteliste als Messgrösse ungeeignet ist. Die Warteliste ist abhängig von vielen Faktoren, das ist auch mir klar und schwankt deshalb innerhalb eines bestimmten Rahmens. Sie ist aber flexibel und reagiert gut auf andere getroffene Massnahmen wie die eingangs erwähnte Neugründung von Tagesschulen. Aus eben diesem Grund haben wir uns für diese flexible Variante entschieden und fordern die Reduktion der Wartefristen von 15 auf 4 Monate. 4 Monate ist in unseren Augen eine angemessene Zeit, um in Ruhe und entspannt die Geburt eines Kindes vorzubereiten und die Zeit des Wiedereinstiegs nach dem Mutterschaftsurlaub zu planen.

Das Hauptargument des Gemeinderates ist jedoch die finanzielle Folge der Forderung für die Schaffung von zusätzlich 24 Kita-Plätzen pro Jahr. Er rechnet uns vor, was der Ausbau ohne Ermächtigung des Kantons kosten würde. Ich gehe mit der Einschätzung des Gemeinderates einig, dass der Kanton uns kaum 24 zusätzliche Kita-Plätze pro Jahr zuteilen wird. Auch wenn die Antwort des Regierungsrates auf einen diesjährigen SP-Vorstoss im Grossen Rat aufzeigt, dass beim Kanton offenbar doch genügend finanzielle Mittel zur Finanzierung von zusätzlichen Kita-Plätzen vorhanden sind. Ich bin aber der Meinung, dass die Gemeinde Köniz mit der Schaffung von zusätzlichen Kita-Plätzen Farbe bekennen und zeigen soll, wie viel Wert ihr die qualitative Weiterentwicklung der Gemeinde ist: Wie viel Wert es ihr ist, den Könizer Familien Unterstützung zu bieten und sich als attraktive Gemeinde zu positionieren. Was tut die Gemeinde Köniz dafür, dass zusätzliche Steuerfranken in die Gemeindekasse fliessen? Nicht den Steuerfuss bei 1,54 belassen, was eine Massnahme sein kann. Eine andere ist eben, zusätzliche Kita-Plätze zu schaffen. Es genügt nicht, die Steuerschraube nach unten zu senken – was wir glücklicherweise nicht gemacht haben –, wir müssen auch auf anderer Ebene ein attraktives

Umfeld schaffen. Die SP ist klar der Meinung, dass die Gemeinde Köniz forscher voranschreiten muss. Hier müssen wir vorerst mit Gemeindemitteln Akzente setzen und zusätzliche Kita-Plätze schaffen. Danach muss das Möglichste dafür getan werden, dass diese Kita-Plätze so rasch als möglich durch den Kanton finanziert werden.

Deshalb und im Interesse vieler Könizer Familien, bitte ich Sie um Unterstützung dieses Planungsbeschlusses. Frau und Herr K. möchten gerne in Köniz wohnen bleiben, der farbigsten und schönsten Gemeinde in der Region. Wenn Sie für ihren Nachwuchs aber keinen Kita-Platz finden, müssen sie sich einen Wegzug aus unserer Gemeinde überlegen. Schaffen wir rasch und in umfangreichem Masse neue Kita-Plätze und erhöhen damit die Geburtenrate in der Gemeinde Köniz.

Ursula Wyss (Grüne): Auf den ersten Blick konnten wir Grünen dem Anliegen zustimmen und wir haben ihn auch mitunterzeichnet. Der Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung ist uns sehr wichtig. Auf den zweiten Blick hat uns aber der vorliegende Planungsbeschluss nicht mehr gefallen. Weshalb? Mit dem Instrument des Planungsbeschlusses kann das Parlament dem Gemeinderat Zielvorgaben setzen. Als Verfasserin eines solchen Planungsbeschlusses würde ich erwarten, dass der Gemeinderat die Zielvorgaben umsetzt. Gerade das wäre beim vorliegenden Planungsbeschluss in unseren Augen nicht richtig, da er viel zu starre Forderungen stellt. Pro Jahr fix 24 zusätzliche Kita-Plätze zu schaffen, unabhängig von anderen Faktoren, dieser Forderung können wir nicht zustimmen. In den letzten Jahren hat der Gemeinderat Jahr für Jahr neue Kita-Plätze geschaffen. Innert drei Jahren sind 46 neue Kita-Plätze und 16,3 neue Plätze in der Tagespflege geschaffen worden. Das ist nötig gewesen und wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat einen guten Weg eingeschlagen hat. Wir unterstützen den geplanten Weiterausbau von durchschnittlich 15 Plätzen pro Jahr im Rahmen der nächsten Legislatur, sofern die Nachfrage weiterhin gegeben ist. Das ist aus unserer Sicht der Knackpunkt des vorliegenden Planungsbeschlusses. Die Zielvorgaben sind fix und unabhängig von anderen Faktoren wie Nachfrage, Finanzsituation, kantonale Planung, usw. Zwei Punkte dazu: Der Kanton verlangt die Schaffung von Tagesschulen. Damit wird sich die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen ändern. Wie, wissen wir heute noch nicht. Wir wissen auch noch nicht, wie sich die finanzielle Lage der Gemeinde entwickeln wird. Wenn nicht alle 24 Kita-Plätze, die Jahr für Jahr geschaffen werden müssten, in den Lastenausgleich gegeben werden können – was ziemlich sicher ist – müssen diese durch die Gemeinde selber finanziert werden. Zur Warteliste: Die Argumente des Gemeinderates, die er in seiner Antwort aufführt, haben etwas für sich. Anlässlich von KSF-Sitzungen hat uns Benjamin Blaser, Leiter der Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit, oft die Situation der Warteliste erklärt. Diese ist nicht immer gleich lang, sie unterliegt Zyklen. Die Forderung nach einer Wartezeit von maximal 4 Monaten scheint uns deshalb zu starr. Will man das erfüllen, besteht die Gefahr von Überkapazitäten.

Im Vorfeld der heutigen Debatte war etwa zu hören, dass der Inhalt des Planungsbeschlusses nicht strikt ausgelegt werden müsse. Der Gemeinderat werde die Umsetzung sinnvoll angehen. Dieses Argument ist jedoch aus unserer Sicht schlecht, denn wir wollen, dass Planungsbeschlüsse möglichst genau umgesetzt werden, sonst haben sie nicht viel Sinn. Nun beim ersten solchen Planungsbeschluss auf eine Abschwächung spekulieren, wäre schade. Das ist in diesem Sinn ein Präzedenzfall.

Aus all den aufgeführten Gründen, können wir Grünen den Planungsbeschluss nicht unterstützen.

Markus Bont (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt klar das Ziel des Planungsbeschlusses. Die familienexterne Kinderbetreuung muss ausgebaut und die Wartezeiten müssen abgebaut werden. Die quantitativen Zielvorgaben im Vorstosstext scheinen uns aber sehr unglücklich formuliert. Wir müssen deshalb – wenn auch mit schwerem Herzen – den Antrag ablehnen. Wir unterstützen den pragmatischen Weg des Gemeinderates, der die Angebote laufend ausbauen will und von 2010 – 2013 durchschnittlich 15 zusätzliche Plätze schaffen will.

Zum IAFP und zum Gemeinderat: Wenn etwas verändert werden soll, sollten die Veränderungen sichtbar sein. In den Fokus-Produktegruppen ist ersichtlich, dass 2009 sieben zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden. In den folgenden Planjahren fehlt die sichtbare Absicht auf einen Ausbau. In unseren Augen wäre es richtig gewesen, den Ausbau für 2010 und 2011 schriftlich zu fixieren.

Elisabeth Rügsegger (SVP): Die SVP-Fraktion hat die gute und ausführliche Stellungnahme des Gemeinderates diskutiert, folgt dem Antrag des Gemeinderates und wird den Antrag für einen Planungsbeschluss ablehnen.

Dies aus folgenden Gründen: Mit der Schaffung von 46 Kita-Plätzen und 16 Betreuungsplätzen für die Tagespflege ist das Legislaturziel bereits jetzt erreicht. Anfangs Jahr hat der Regierungsrat die Tagesschulverordnung genehmigt. Das hat zur Folge, dass ab Anfang August 2009, wenn der Bedarf vorhanden ist, Tagesschulen geschaffen werden können. Wir gehen davon aus, dass dadurch die Nachfrage nach Pflegeplätzen zurückgehen wird. Wer die Entwicklung der letzten drei Jahre mit der Prognose im Hornung-Bericht vergleicht, sieht, dass dank der guten Planung und Organisation des Gemeinderates schon mehr Kita-Plätze geschaffen worden sind als vorgesehen. Demnach ist auch ohne Planungsbeschluss alles auf guten Wegen und wir vertrauen darauf, dass der Gemeinderat so weitermachen wird.

Mark Stucki (FDP): Ich habe bereits diverse Anliegen zur familienexternen Kinderbetreuung im Parlament aktiv unterstützt. Gerade in einem liberalen, auf wirtschaftliche Entwicklung und auf Selbstbestimmung ausgerichteten Verständnis ist dies ein Bereich, in dem der Staat tatsächlich eine Rolle spielen soll. Der hier zu fällende Entscheid ist so simpel aber nicht. Bei aller Sympathie für das Anliegen, hier will man das Pferd am Schwanz aufzäumen und quasi à fond perdu Krippenplätze schaffen. Um die wichtige Frage der Kinderbetreuung zu lösen, setzt man auf das Patentrezept öffentliche Kita. Kitas können und sollen aber nur ein Element neben anderen sein. Es gibt noch Selbstverantwortung, Eigeninitiativen, private Angebote und es wird künftig mehr Tagesschulen geben, die hoffentlich mithelfen werden, die Situation in der Kinderbetreuung ein Stück weit zu entschärfen. Die Messgrößen des Planungsbeschlusses sind rigide und die Aussagekraft kann – zumindest partiell – angezweifelt werden. Es besteht ausserdem das Risiko, dass mit grossem finanziellem Aufwand Krippenplätze "auf Halde" produziert werden. Als Klammerbemerkung: Es ist zwar richtig, genügend Krippenplätze zur Verfügung zu haben, aber es wäre grundfalsch, das Angebot so auszudehnen, dass Krippenplätze quasi wohlfeil sind und so andere Betreuungsmodelle – auch jene in den Familien – konkurrenzieren. Völlig falsch ist auch der starre Weg, den der Planungsbeschluss vorzeichnet. Ein Weg, der grosse finanzielle Probleme bringen würde. 24 Kita-Plätze pro Jahr, auf Teufel komm raus, die Gemeinde bezahlt vorweg und über die weitere Finanzierung macht man sich keine Gedanken.

Die FDP/jfk-Fraktion ist klar für einen weiteren Ausbau des Angebotes in der familienexternen Kinderbetreuung und vor allem für liberale Modelle wie die Idee von Betreuungsgutscheinen. Wir werden solche Anliegen auch künftig unterstützen. Dem Planungsbeschluss können wir aber auf keinen Fall zustimmen. Er ist weder einer nachhaltigen und gesamtheitlichen Familienpolitik dienlich noch einer nachhaltigen und gesamtheitlichen Finanzpolitik.

Alfred Arm (SP): Ich danke dafür, dass sich die SP im Bereich der Kitas profilieren kann. Ich möchte hier einige Zahlen dazu anbringen. Die Wartefrist ist eine sehr wichtige Grösse, für uns die wichtigste. 15 Monate Wartefrist sind in unseren Augen unglaublich und das darf nicht sein. Wir werden dem Gemeinderat begründen, weshalb die Wartefrist eine so wichtige Grösse ist. Ich bringe ein Zitat aus dem Verwaltungsbericht an: "Die Kita-Plätze konnten seit 2006 um 39 auf 120 Plätze ausgebaut werden. Dennoch erhöhte sich die Warteliste von 187 im Jahr 2005 auf 242 für 2006." Innerhalb zwei Jahren sind 39 Plätze mehr geschaffen worden, d. h. 19,5 Plätze pro Jahr. Damit ist die Warteliste stabil geblieben. Wir wollen diese Warteliste aber abbauen und deshalb beantragen wir die Schaffung von 24 Kita-Plätzen pro Jahr. Einige Krokodilstränen sind mit den Erklärungen vergossen worden, weshalb nicht auf den Planungsbeschluss eingegangen werden kann. Ich habe den Eindruck, dass die Haltung vorhanden ist, es sei immer so gewesen ist und es soll so weitergefahren werden. Der Planungsbeschluss ist nach unserer Meinung moderat, es geht um eine Verkleinerung der Warteliste, was nur mit 24 zusätzlich zu schaffenden Kita-Plätzen pro Jahr erreicht werden kann. Wahrscheinlich ist auch dies zu wenig. Im Sinn einer familien- und kinderfreundlichen Gemeinde Köniz setze ich mich für eine Zustimmung zum Planungsbeschluss ein.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich habe dieser Diskussion mit Interesse zugehört und ich danke für die positive und kritische Aufnahme. Erstmals liegt ein Planungsbeschluss vor. Der Gemeinderat hat sich intensiv mit dem Planungsbeschluss auseinandergesetzt. Er hat sich die Sache nicht einfach gemacht, denn es war ihm wichtig, eine verbindliche Praxis zu entwickeln. Die Stossrichtung des Planungsbeschlusses geht auch für den Gemeinderat in die richtige

Richtung. Er geht aber ganz klar zu weit. Die Ausführungen im Bericht zeigen klar auf, dass es dem Gemeinderat mit dem Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung ernst ist. Seit 2006 sind insgesamt 46 Kita-Plätze und rund 16 Betreuungsplätze in der Tagespflege geschaffen worden. Wir werden uns auch in Zukunft weiter für einen vernünftigen Ausbau in diesem Bereich engagieren. Wir lehnen aber den Planungsbeschluss klar ab. Dies aus folgenden Gründen: Erstens geht die Forderung einer grundsätzlichen Verpflichtung zu weit. Wir müssten damit zwingend, ohne Wenn und Aber, jährlich zusätzlich 24 Kita-Plätze schaffen. Zweitens ist das finanzielle Risiko, das die Gemeinde tragen müsste, sehr gross. Aus Erfahrung wissen wir, dass nicht alle Kita-Plätze dem Lastenausgleich zugeführt werden können. Drittens werden ab 2009 Tagesschulen eingeführt. Wenn diese eingeführt sind, wird eine Gesamtbetrachtung über die Auswirkungen auf die Kitas notwendig. Die Warteliste ist lang, da gebe ich den Verfassern des Planungsbeschlusses Recht. Sie können aber der gemeinderätlichen Antwort entnehmen, dass viele Faktoren eine Rolle spielen, damit ein Kind einen Kita-Platz erhält oder in der Tagespflege platziert werden kann. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass der Ausbau der Kitas nicht aufgrund der nicht messbaren Grösse der Warteliste vorangetrieben werden darf.

Die Stossrichtung stimmt und trotzdem lehnt der Gemeinderat den Planungsbeschluss klar ab. Dies weil eine Gesamtbetrachtung betreffend der Erfüllung der Gesamtaufgaben der Gemeinde und der finanzpolitischen Gesamtbeurteilung fehlt. Die absolute Verbindlichkeit ist zu hoch und das Risiko zum heutigen Zeitpunkt nicht abschliessend beurteilbar. Es wäre ein Fehlentscheid und das Risiko zu gross, den Planungsbeschluss zu überweisen. Aus all diesen Gründen bittet Sie der Gemeinderat, den Planungsbeschluss gemäss seinem Antrag abzulehnen.

Zu Alfred Arm: In den letzten vier Jahren hat nicht nur die SP Kita-Plätze geschaffen. Unter der Federführung eines bürgerlichen Exekutivmitgliedes sind in den letzten vier Jahren viele Kita- und Tagespflegeplätze geschaffen worden.

Beschluss

Der Planungsbeschluss wird abgelehnt.

(abgegebene Stimmen: Ablehnung offensichtlich)

6. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

0837 Interpellation (Staub-Muheim, SP) "Öffentliche Kinderspielplätze – eine Visitenkarte für die Gemeinde!"

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich mache Sie auf zwei Veranstaltungen aufmerksam, die in den nächsten Wochen stattfinden. Für beide werden schriftliche Einladungen versandt, aber Interessierte können sich bereits die Daten reservieren. Die erste Veranstaltung findet am 26. November 2008 statt. Wir informieren in Oberwangen über das Sanierungsprojekt des Belagswerks Weibel AG und wollen aufzeigen, was geplant ist, wie der Zeitplan aussieht und welche Umweltauflagen vorgesehen sind. Die zweite Veranstaltung findet am 3. Dezember 2008 im Spiegel statt. Wir haben in der Gemeinde Köniz Untersuchungen angestellt, ob genügend Grüngut für eine Biogasanlage vorhanden wäre. Theoretisch wäre die Realisierung einer solchen möglich und wir möchten vor allem zusammen mit den Landwirten darüber diskutieren. Alle Landwirte der Gemeinde Köniz werden dazu eingeladen.

Alfred Arm (SP): Eine Fussnote zur Budgetdebatte. In der Beilage "Budgetvariante mit Steuer-senkung" ist mir Folgendes aufgefallen: 10'000 Franken für Beratung Pilotprojekt Sozialinspektoren. Die Antwort des Gemeinderates auf meine Interpellation, was die Einsetzung von Sozialinspektoren kostet, lautete wie folgt: "Es ist üblich, dass der Auftraggeber, in diesem Fall die GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion), die Kosten übernimmt. Folgekosten keine." Es ist in meinen Augen skandalös, wenn dazu nun Ausgabeposten zu finden sind.

Urs Maibach (Grüne): Am 31. Oktober 2008 habe ich an der Informationstagung der Agglomerationskommission teilgenommen. Wir haben einen "Fahrplan" erhalten und erfahren, dass bis zum 20. November 2008 101 GemeindepräsidentInnen sagen müssen, ob sie in ihrer Gemeinde eine Urabstimmung durchführen lassen und in diesem Gremium mitmachen wollen oder

nicht. In meinen Augen wäre es wichtig, dass Parlament und Gemeinderat ein gutes Verhältnis haben und diese Informationen fliessen sollten. Ich hätte erwartet, dass wir zumindest über diesen Stichtag informiert werden und der Gemeinderat erklärt, ob er mitmachen will oder nicht.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich entschuldige mich dafür, dass ich infolge Krankheit an dieser Tagung nicht teilnehmen können. Ansonsten hätte ich Sie darüber informiert, dass der Gemeinderat entschieden hat, die Urabstimmung in der Gemeinde Köniz durchführen zu lassen. Wir haben den VRB und die Präsidentenkonferenz entsprechend informiert.

Stephie Staub-Muheim (SP): Ich habe Freude daran, dass der Voranschlag 2009 gemäss den Anträgen des Gemeinderates angenommen worden ist. Auf den vorhandenen Zahlen kann aufgebaut werden und der Gemeinderat kann vorwärts planen.

Parlamentspräsident Martin Graber: "In der Kürze liegt die Würze". In der Kürze der Traktandenliste hat sich die Würze der Debatte ergeben. Es ist intensiv debattiert worden.

Im Namen des Parlaments

Martin Graber
Parlamentspräsident

Markus Heinzer
Parlamentssekretär